

Zeitschrift: Zeitschrift für schweizerisches Recht = Revue de droit suisse = Rivista di diritto svizzero = Revista da dretg svizzer : Halbband II. Referate und Mitteilungen des SJV

Herausgeber: Schweizerischer Juristenverein

Band: 68 (1949)

Buchbesprechung: Besprechungen und Anzeigen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Besprechungen und Anzeigen

Jahrbuch der Basler Juristenfakultät. XXV.—XXVII. Heft 1946—1948. Basel 1949 (Helbing & Lichtenhahn). 351 S.

Ein stattlicher Band wiederum, diese *Résumés de thèses de doctorat soutenues à la Faculté de Bâle!* Es sind 52 aus dem Jahre 1946 (worunter 2 in italienischer Sprache), 46 für 1947 und 43 im dritten Heft 1948, worunter eine in französischer Sprache (F. Picot, *La nature juridique du mariage en droit suisse. Son développement historique dans le droit fédéral au XIX^e siècle*) und eine in italienischer (Bruno Terribilini, *Dall'error in substantia alla cifra 4 dell'articolo 24 del codice svizzero delle obbligazioni*). Man überblickt mit Vergnügen die Namen dieser 141 Verfasser und die von ihnen behandelten Probleme; viele Basler, aber auch zahlreiche Geschlechter aus der ganzen Schweiz sind vertreten. Auffallend gering ist die Zahl der Repräsentanten aus dem «weiteren» Ausland (im Vergleich zu unseren welschen Fakultäten). Die Basler Fakultät braucht mit den von ihren Mitgliedern aufgegebenen Themata die Kritik der Öffentlichkeit nicht zu scheuen; die Speisekarte ist im ganzen sehr reichhaltig, interessant und (was besonders ins Gewicht fällt) gesund. Für 1946 etwa (52 Arbeiten) ist die Verteilung folgende: Privatrecht 23 (worunter Handelsrecht 4, sonstiges Obligationenrecht 9, Sachenrecht 2, allgemeine Lehren 2), öffentliches Recht 13, internationales Recht 6, Strafrecht 5. Unter den restlichen Auszügen sind zwei hübsche historische Dissertationen hervorzuheben: Alfred Müller, *Die Ratsverfassung der Stadt und Republik Basel von der Reformation bis zur Helvetik (1529—1798)*, und Peter Walliser (*Der statisch-konservative Gehalt des Solothurner Zivilgesetzbuches von 1841—1847 unter besonderer Berücksichtigung der rechtshistorischen Grundlagen des Familien- und Erbrechts*). Was Walliser mit dem Worte «statisch» (Gegensatz wohl: «dynamisch»? vgl. die Schriften von Prof. Hans Fehr) andeuten will, bleibt allerdings unsicher; denn man liest: «ohne doktrinelles Scheu wagte es Reinert»; «von größter Originalität war das Recht der Adoption» usw.

Mit ihren bereits 27 Heften (zu durchschnittlich 40 Inhaltsübersichten) bergen diese «Jahrbücher» ein erhebliches, überaus mannigfaltiges und schon darum anregendes rechtswissenschaft-

liches Kapital. Hier ist der klassische Satz so vieler Rezensionen am Platz: «das Werk sollte in keiner Fachbücherei fehlen». Sicherlich würden die Herausgeber die Nutzung dieser Schätze durch ein (unschwer zu erstellendes) Schlagwortregister noch erheblich steigern. G.

Probleme der Rechtsetzung. Schweizerisches Zentralblatt für Staats- und Gemeindeverwaltung, 50. Jahrgang, Nr. 1/2, 1949, Jubiläumsheft.

Das bestbekannte und bestbewährte «Zentralblatt» hat seinen 50. Jahrgang mit einem gediegenen Jubiläumsheft eröffnet. Zwei seiner Redaktoren und vier zur Mitarbeit Eingeladene erörtern darin «Probleme der Rechtsetzung». Eine sehr anregende und sehr abwechslungsreiche Lektüre; und mit der Ausrichtung auf das Praktische und das politisch Aktuelle gewissermaßen ein schweizerisches Gegenstück zu Hugo Sinzheimers «Theorie der Gesetzgebung» (Haarlem 1948)¹.

In seinem Aufsatz über «Verfassung, Gesetz und Verordnung im schweizerischen Rechtsstaat» hebt Otto Konstantin Kaufmann die für die neueste Zeit charakteristische Verschiebung der Gewichte zwischen dem Gesetz und der Verordnung hervor, die eine entsprechende Machtverschiebung zwischen Legislative und Exekutive zum Ausdruck bringt. Er postuliert eine «Demokratisierung des Ordnungsrechts» sowie — mit kluger Zurückhaltung — den bundesgerichtlichen Schutz der Persönlichkeits-sphäre auch gegenüber den Bundesbehörden, wenigstens in dem Sinne, daß Verordnungen und Einzelverfügungen angefochten werden könnten. Paul Reichlin handelt «Von der bundesstaatlichen Komplikation der Rechtsetzung». Es gelingt ihm, knapp und konzis beinahe sämtliche Fragen darzulegen, die sich bei der Ausscheidung der Rechtssetzungskompetenzen zwischen dem Bunde und den Kantonen erheben, wobei er namentlich auf die im Zusammenhang mit dem Grundsatz «Bundesrecht bricht kantonales Recht» stehenden Streitfragen näher eintritt und die auf Art. 113, Abs. 3 BV beruhende Benachteiligung der Kantone gegenüber dem Bunde hervorhebt. An dem Aufsatz über «Gemeinderecht», in dem Peter Liver aus seinem Reichtum an Kenntnissen und Erfahrungen schöpft, wird die Auseinandersetzung mit der These, daß die Angelegenheiten, in denen der Kanton gegenüber der Gemeinde nur Rechtskontrolle ausübt,

¹ Besprechung folgt im ersten Hefte des nächsten Bandes unserer Zeitschrift. Red.

den eigenen Wirkungsbereich, diejenigen, in denen er dazu auch Ermessenskontrolle ausübt, den übertragenen Wirkungsbereich der Gemeinde bilden, sowie die These, daß Gemeinderecht nicht einfach als «staatliches Recht» bezeichnet werden kann, sondern in der Autonomie der Gemeinde eine selbständige Rechtsquelle zu erblicken ist, den am Streit der Meinungen Anteil Nehmenden besonders fesseln. Unter dem Titel «Verbandsrecht und staatliches Recht» legt Hans Huber anhand konkreter Beispiele überzeugend dar, wie die Rechtssetzungsbefugnisse der privaten Wirtschaftsverbände die bundesstaatliche Struktur unseres Landes tangieren und mit der politischen Verfassung des freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates in Widerspruch stehen. Ein rechtes Wort zu rechter Zeit. Die Ausführungen von J. Plattner über «Justiz und Verwaltung als Rechtsquellen» zeigen in anschaulicher Weise auf, warum und in welchem Sinne das richterliche Recht sowohl wie die Entscheidungen der Verwaltungsbehörden als echte Rechtsquellen anzusehen sind. Der Verfasser stellt das Problem in größere geistesgeschichtliche Zusammenhänge, spricht sodann von den Regeln der Auslegung, die der richterlichen Rechtsschöpfung den Weg weisen und ihr Grenzen setzen, und belegt schließlich seine Thesen mit einer Reihe von trefflich gewählten Beispielen aus den verschiedensten Rechtsgebieten. Eine Bestätigung und eine Fortführung zugleich finden seine Darlegungen in dem die Reihe beschließenden Beitrag von Oskar Boßhardt über «Formen der Rechtsbildung im zürcherischen Steuerrecht». Hier ist vorerst von der Bedeutung des Vorbehaltes des Gesetzes im zürcherischen Steuerrecht die Rede, und im Mittelpunkt steht auch hier eine wohldurchdachte Würdigung des richterlichen Rechts. Auf reicher Erfahrung in der Steuerjustiz basierend legt der Autor dar, wie der Richter vielfach die Rechtsschöpfung des Gesetzgebers fortführt und wie seine Entscheidungen zu generellen Normen werden können. In eindrucksvollen Worten wird dargetan, welche Lehren daraus für die verantwortungsvolle Tätigkeit des Richters und des Wissenschafters zu ziehen sind.

Am Eingang des Jubiläumshäftes gedenken Verlag und Redaktion der Gründer der Zeitschrift und bringt ihr A. Im Hof in seiner geistvollen Weise seine Glückwünsche dar. Seinen Worten des Dankes werden sich gerne alle anschließen, denen das Zentralblatt immerfort Belehrung, Anregung und Förderung bedeutet.

Prof. H. Nef, Zürich

Extraits des principaux arrêts rendus par les diverses sections du Tribunal cantonal de l'Etat de Fribourg en 1948. Fribourg 1949 (Imprimerie Fragnière Frères). 179 S.

Das freiburgische Kantonsgericht veröffentlicht jedes Jahr eine Sammlung von Entscheidungen seiner Abteilungen. Die Übersicht über die gesamte Rechtsprechung wird erleichtert durch ein Gesetzesverzeichnis, worin auf die Seiten des Protokolls des Appellhofs verwiesen wird, und durch ein nach Rechtsmaterien geordnetes Verzeichnis der in dem betreffenden Band publizierten Entscheidungen. Wir finden darin solche aus den Gebieten des Zivilrechts, des Schuldbetreibungs- und Konkursrechts, der Gerichtsorganisation und des Zivilprozeßrechtes, des Strafrechtes und des Strafprozeßrechtes. Verwaltungsrechtliche Entscheidungen sind darin nicht enthalten, da das freiburgische Kantonsgericht nur in ganz geringem Umfang Kompetenzen dieser Art besitzt.

Der vorliegende Band enthält mehrere Entscheidungen, wofür man sich auch außerhalb des Kantons interessieren dürfte. So hat der Kassationshof in einer Entscheidung vom 23. Juni 1948, S. 39 ff., festgestellt, daß die von einer nicht-konzessionierten Versicherungsunternehmung abgeschlossenen Verträge wegen dieses Mangels nicht als nichtig angesehen werden können (vgl. dazu auch BGE 71 I S. 275 ff.). Zwei Fälle (vgl. S. 41 und S. 60 ff.) beziehen sich auf die Abgrenzung zwischen den Befugnissen der Verwaltungsbehörden und denjenigen des Zivilrichters. Im ersten Fall handelt es sich um einen von einem Gemeinderat auf dem Steigerungsweg abgeschlossenen Pachtvertrag über Gemeindeliegenschaften, im andern um den Anspruch eines entlassenen Gemeindeförsters auf die Auszahlung seines Gehaltes. Der letztere Entscheid ist besonders eingehend begründet und enthält interessante Ausführungen über die Praxis der Zivilgerichte i. S. des öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnisses.

a.Oberrichter Prof. E. Steiner, Aarau

Esser, Josef, Professeur à l'Université d'Innsbruck: **Einführung in die Grundbegriffe des Rechtes und Staates**. Eine Einführung in die Rechtswissenschaft und in die Rechtsphilosophie. Wien 1949 (Springer). 341 S. Fr. 28.80.

Voici un livre intéressant, et nouveau, me semble-t-il, par son inspiration générale dans ce genre d'ouvrages en pays allemand. Il ne se contente pas, en effet, d'une définition purement formelle des notions élémentaires du Droit; il cherche le fondement éthique, permanent et immuable, de l'Ordre juridique. C'est une erreur néfaste, lit-on dans la préface, de séparer le

premier exposé du Droit matériel de sa base théorique en considérant la philosophie du Droit comme un luxe superflu. L'abus fait par la politique contemporaine de l'instrument juridique a montré, dit encore l'auteur (préface), la gravité de la chute de l'éthique sociale, et la vérité de la conception foncière du Droit naturel.

Unissant donc dans un même livre les considérations métaphysiques et morales à l'exposé encyclopédique destiné aux débutants, le professeur Esser nous présente un ouvrage en *cinq parties*, dont la première contient la doctrine et l'histoire de la philosophie du Droit (un bon tiers du volume), — la deuxième: la théorie des sources du Droit, — la troisième: l'analyse en leurs éléments de la règle et du rapport de Droit, — la quatrième: la description panoramique des divisions du Droit (*die Rechtsgebiete*), — la cinquième enfin, des remarques pratiques sur les carrières juridiques et un guide aux étudiants pour leurs études et leurs examens.

Il faut faire quelques réserves sur cet ordre des matières. Autant je suis convaincu, comme l'auteur, qu'il n'y a pas de bon manuel sans philosophie, autant je pense que, dans une « Introduction », qui est un livre didactique, cette philosophie doit rester implicite. En tout cas, elle ne devait pas précéder, mais suivre l'explication des termes et des notions élémentaires du Droit. Il faut d'abord, en donnant le sens des mots, identifier l'objet à étudier avant d'en pénétrer l'essence; la définition « *quid rei* » n'est compréhensible qu'à celui qui possède la définition « *quid nominis* »:« *primo levi ac simplici via, post deinde diligentissima atque exactissima interpretatione, singula tradantur.* » Le Conseil des Institutes reste bon à observer.

Je demande donc la permission de commencer par la fin, en parlant d'abord des avis pratiques, et de l'exposé encyclopédique des diverses branches du Droit (5^e et 4^e parties).

On lira avec intérêt et profit ce que M. Esser dit des carrières juridiques et de l'étude du Droit. On retiendra sa fine analyse des fautes typiques dans lesquelles les juristes, les vieux comme les jeunes, sont exposés à tomber (§ 140). A ses excellents conseils, l'auteur a joint des tableaux qui énumèrent, et mettent à leur place systématique, toutes les questions et sous-questions qu'une institution fait naître: Ainsi on montre graphiquement que les causes d'un accident de chemin de fer se divisent en causes inhérentes à l'exploitation et causes externes; les premières se subdivisent en vices du matériel, des constructions, fautes du personnel; les secondes en événements naturels (gel, brouillard, éboulements) et en interventions de tiers (crimes, animaux, etc.).

Et cette ramification continue en de multiples sous-divisions. On a trouvé moyen de réduire toute la théorie générale du contrat à un grand schéma qui occupe deux pages. Je trouve cette méthode d'enseignement ingénieuse; nul doute qu'elle ne facilite le travail de mémorisation indispensable dans l'étude du Droit. Le livre se termine par un lexique de nos termes techniques qui rendra de grands services.

La quatrième partie (die Rechtsgebiete) expose les divisions traditionnelles de l'Ordre juridique, en suivant surtout le Droit positif autrichien. De fréquentes comparaisons sont faites avec le B.G.B. et le Code civil suisse. M. Esser préfère le code autrichien au B.G.B., car ce dernier est un produit de l'érudition positiviste, tandis que le code autrichien est l'œuvre d'un jurisconsulte (Zeiler) tout pénétré de Droit naturel. Il n'y a que peu de remarques à faire sur cette partie, sauf qu'elle me paraît parfois trop sommaire. Par exemple: sur la distinction fondamentale et difficile entre le Droit public et le Droit privé, on ne trouve guère que cette constatation qu'elle est dépassée depuis longtemps par la théorie et par la vie, et qu'elle repose sur des «pieds d'argile» (p. 193 et 196). Je ne suis pas de cet avis. Certes, il est vrai que les nombreuses mauvaises lois, dont les législatures contemporaines nous accablent, ont souvent emmêlé les deux «positions». Mais la science du Droit ne devrait pas prendre facilement son parti de cette confusion, signe de décadence. Quand la Doctrine sera débarrassée de l'agnosticisme éthique du positivisme, elle verra que la distinction traditionnelle est ineffaçable, parce qu'elle a son origine dans la différence entre deux devoirs, tous deux imposés par la Justice: *neminem laedere* (principe du Droit privé) et: *iustitiam praestare*, ou *propulsare iniuriam ab iis quibus infertur*, comme dit Cicéron au *de officiis* I § VII (devoir fondant le Droit public). Certaines définitions pourraient être plus rigoureuses dans les termes; je signale celle de la possession (p. 245), celle du Droit subjectif (p. 158), de l'action ou *Anspruch* (p. 159). On aurait voulu quelques développements sur des points essentiels, et controversés, comme l'admission ou le rejet des droits inhérents à la personne (l'auteur ne cite pas les articles 27 et 28, très importants, de notre code), comme la vraie signification théorique et la portée des «personnes morales»; un alinéa de 18 lignes à leur sujet, c'est vraiment insuffisant (p. 235). On ne trouve, en Droit de succession, aucune discussion du principe même de l'héritage et du droit de tester, principe pourtant si attaqué de nos jours par le socialisme. Bref, ce qui manque dans cette partie, ce sont les «Grundbegriffe», ou du moins la mention des problèmes fondamentaux. Le lecteur qui, non sans

effort, a suivi l'auteur avec un vif intérêt, dans les premières pages du livre, ne peut s'empêcher d'éprouver quelque déception en ne retrouvant plus, dans cette quatrième partie, les développements et applications de la «*Rechtsidee*» dont il avait été si bien parlé.

La troisième partie, sous le titre curieusement choisi de «*die Stufen der Rechtsverwirklichung*», contient une analyse des notions premières de notre science: règle de Droit, rapport de Droit, Droit subjectif, action et sanction, et enfin une étude de l'interprétation des normes juridiques. Cette troisième partie fourmille d'idées et de remarques intéressantes, au point qu'il m'est impossible d'en donner ici un aperçu quelque peu complet. Je me bornerai à dire quelques mots de sa doctrine de l'interprétation. M. Esser critique la méthode historique, qui s'attache à rechercher la volonté de l'auteur de la loi; c'est la «*ratio legis*» que le juge doit trouver (p. 184). Je suis d'accord avec lui, en précisant cependant ceci: ce n'est pas tant le but pratique de la loi (*ratio legis*), qui importe, que le principe éthique dont elle est une application particulière (*ratio juris*). M. Esser, avec raison, n'aime pas la «*Begriffsjurisprudenz*», à laquelle il reproche de remplacer le jugement éthique «*werten und würdigen*» par la déduction logique «*logisches Ableiten*». Il me paraît ici faire trop peu de cas de la valeur de la construction en jurisprudence; il tend à lui substituer une sorte d'obéissance «*sociale*» du juge; je ne saisis pas très bien ce que cela peut être (p. 186). La vraie critique à faire à la «*Begriffsjurisprudenz*» n'est pas de pratiquer la déduction logique, mais bien de s'imaginer qu'on peut baser celle-ci sur un *concept* (*Begriff*), simple définition formelle, alors que le raisonnement juridique doit nécessairement prendre comme prémisse majeure un *précepte* ou si l'on veut une «*Grundnorm*», soit une affirmation générale à caractère éthique. Ce n'est pas en étant *logique* que pèche la «*Begriffsjurisprudenz*», mais bien en étant *positiviste agnostique*; — car «le dernier mot de la logique n'est prononcé que par la morale», disait le philosophe Charles Secrétan.

Mais j'ai hâte d'en venir aux deux premières parties de ce livre si attachant (p. 1 à 135). On y trouve un exposé théorique et historique de philosophie du Droit de grande valeur. J'admire surtout l'histoire des doctrines que nous donnent, en un excellent raccourci, les pages 49 à 96. Voilà une orientation rapide et claire, à laquelle on sera souvent heureux de recourir. M. Esser a fait un bel effort pour redresser les erreurs positivistes des temps récents et pour retrouver «*eine Rechtsüberzeugung jenseits aller Phrasen*» (préface). Il repousse donc le sociologisme juridique qui veut sou-

mettre les actes des hommes à la causalité naturaliste de lois sociales, détruisant ainsi toute responsabilité (p. 5 et 88). Il voit bien que le Droit ne se borne pas à *sortir des faits*, et que ses règles ne sont pas le simple produit de «forces naturelles» ou «sociales» (p. 6, 10, 33, 94). Il rejette aussi les divers utilitarismes, surtout l'idée que ce qui est «utile au peuple» serait le fondement du Droit (p. 6, 8, 10). Il refuse de trouver le dernier critère de l'Ordre juridique dans le «Volksempfinden», dont il a été fait récemment un tel abus.

Que propose-t-il donc ? D'en revenir aux grandes vérités séculaires : le Droit et l'Etat sont inexplicables si l'on refuse d'admettre un Droit pré-positif (p. 113). Il affirme donc qu'il y a un «ordo naturalis» (p. 17); — que l'idée du Droit a une réalité hors de nous (p. 7); — que c'est en vertu de cette foi en des lois immuables résultant du plan divin que le Droit nous oblige (p. 51); — qu'ainsi le Droit positif vaut en raison de sa rationalité, et non comme un ordre donné par la volonté humaine (p. 27 et 186); — qu'au-dessus de ce Droit positif, il est un Droit préexistant, un Droit catégorique, un ensemble de vérités juridiques et morales (p. 27, 113, 182).

On le voit, c'est nettement un retour au Droit naturel; mais non pas au Droit naturel du XVIII^e siècle, quand la raison humaine croyait avoir la capacité d'énoncer d'un seul coup, et pour l'éternité, le système entier de tout l'ordre juridique. M. Esser critique à plusieurs reprises cette conception trop orgueilleuse (p. 74, 87). Son retour au Droit naturel est donc prudent; nous dirions même trop timide, comme nous l'avons suggéré en analysant la quatrième partie qui ne rattache pas assez, à notre gré, le Droit positif aux axiomes fondamentaux. Oserons-nous nous permettre d'ajouter que la philosophie juridique de l'auteur n'a probablement pas achevé tout son développement systématique, que, dans ce livre si magnifiquement riche, l'abondance même des matériaux voile un peu les lignes générales de l'architecture. Mais réjouissons-nous de cette abondance. Félicitons l'auteur d'avoir dans les temps affreux où il a dû travailler, le courage et la force de faire mûrir pareille moisson. Et souhaitons que, dans notre pays aussi, son livre porte ses fruits, et nourrisse les méditations de nombreux lecteurs.

F. Guisan

Ripert, Georges, Professeur à la Faculté de Droit de Paris: **Le Déclin du Droit. Etude sur la Législation contemporaine**. Paris 1949 (Librairie générale de droit et de jurisprudence). 225 p.

Déjà en 1936, l'illustre maître du droit civil français jetait un cri d'alarme: *Le Régime démocratique et le Droit civil*

moderne dénonçait l'effritement des notions classiques du code Napoléon sous la pression d'intérêts de groupe et au gré de «petites lois» qui, au droit commun, substituaient une série de droits particuliers tels que ceux de diverses professions.

Et voici qu'en notre an 1949 paraît *Le Déclin du Droit*. Les doléances y prennent une couleur plus sombre encore, car après les secousses militaires et politiques qu'elle a subies, la France souffre, au dire de Ripert, d'un état chaotique de son droit. Au «règne de la loi» sous lequel a vécu le XIX^e siècle succède l'instabilité juridique; de puissantes associations économiques comme les syndicats dominant l'Etat et le droit: c'est «la loi du plus fort». L'Etat intervient avec une inquiétante ubiquité, de sorte que «tout devient droit public». Et d'ailleurs il ne se borne pas à émettre des règles générales; il entend imposer tous les détails; il se fait même «professeur de morale» en édictant pour les médecins, les dentistes, les architectes et les comptables des codes de déontologie (N^o 27). Le résultat de cette «tyrannie protectrice», c'est un «esprit de désobéissance», «réaction de la liberté qui, à son tour, incite le pouvoir à instituer un droit pénal particulier fort luxuriant. Le changement des régimes politiques (Vichy, quatrième République) a engendré «la discontinuité du droit» et cette fragmentation a pour effet l'insécurité juridique. Bref, à une époque où on parle tant des droits de l'homme, n'est-il pas paradoxal que l'on ait ainsi laissé s'affaiblir le droit subjectif et particulièrement la propriété?

Il appartient bien à l'Université, sans se fermer aux enseignements du temps présent, de faire entendre la voix de la tradition juridique et d'ancrer le développement du droit dans la fermeté des principes. Nul ne soutient cette thèse avec plus d'autorité que le doyen Ripert. Il ne se borne pas à constater, comme le professeur Waline (*L'Individualisme et le Droit*, Paris 1945), l'affaissement de l'individualisme politique et juridique: il le déplore. Sa philosophie, on le sait, n'est pas celle du droit naturel et de l'immutabilité de la morale, mais celle de la morale occidentale pétrie d'esprit chrétien, fondement de notre civilisation, guide suprême de notre droit. Elle s'oppose au goût des législateurs pour le contingent. Elle s'afflige de ce que le préambule de la Constitution française de 1946, au lieu d'affirmer les droits de l'homme comme des principes inébranlables, se contente de les déclarer «particulièrement nécessaires à notre temps».

Les observations de M. Ripert, évidemment, concernent le droit français d'aujourd'hui. Il ne nous appartient pas de nous prononcer à leur égard, encore que la législation qu'il critique

ait lésé de nombreux intérêts suisses (nationalisations, confiscation de profits dits illicites). Mais un certain nombre de ces réflexions n'étendent-elles pas leur pertinence à notre pays et ne devraient-elles pas, dès lors, inspirer nos méditations à l'égard de notre propre législation? Dans le chapitre premier («La loi du plus fort»), il y aurait beaucoup à glâner — à discuter aussi — sur le glissement de l'égalité vers l'inégalité, sur la déviation de la justice. Le chapitre II («Tout devient droit public») traite une question qui nous préoccupe dès longtemps et qu'a examinée le congrès des Juristes suisses en 1938. L'indiscrétion inquisitoriale de l'Etat, son ardeur impérative ont, dans une partie de notre presse, passé au rang de lieux communs. Quant aux protestations de l'auteur contre «la destruction des droits individuels», elles pourraient aussi rencontrer quelque écho en Helvétie.

Cet ouvrage, petit par le volume, atteint la plénitude, je veux dire qu'il trace un tableau cohérent et saisissant en une synthèse qui embrasse les vastes horizons du droit français; il porte un jugement que soutient la fermeté du raisonnement. Il présente, d'autre part, un exposé juridique d'une élégance et d'une concision exemplaires; son style fluide et clair pourrait servir de modèle à nos étudiants en mal de thèse.

Prof. Claude Du Pasquier, Neuchâtel-Genève

Molitor, Erich: Über öffentliches Recht und Privatrecht. Karlsruhe 1949 (Verlag C. F. Müller). 80 S.

Der Unterschied zwischen öffentlichem und Privatrecht ist dem Rechtsstaat, der dem Bürger eine Freiheitssphäre beläßt, immanent. Nicht umsonst wurde der Unterschied vom Nationalsozialismus geleugnet. Die deutsche Rechtswissenschaft sieht sich deshalb gezwungen, sich neu auf die Grundlagen der Rechtsordnung eines Rechtsstaates zu besinnen. Der Verfasser unterzieht sich dieser Aufgabe zum Anfang in einer losern, auf das Wesentliche gerichteten Form. Nach einem Überblick über die geschichtliche Entwicklung und die hauptsächlichsten Theorien untersucht er die Frage im Hinblick auf die juristischen Personen und die öffentlichen Sachen, um im Schlußkapitel die Ergebnisse zusammenzufassen und die Folgerungen zu ziehen.

Der Verfasser bekennt sich grundsätzlich zur Subjektions-theorie, wonach entscheidend das Verhältnis der Unter- und Überordnung ist, und erblickt den Unterschied nicht im Rechtsinstitut, sondern im einzelnen Rechtsakt oder Anspruch. Seine Schlüsse decken sich insoweit mit der Auffassung von Walter Burckhardt. Im Gegensatz zu diesem, der auf die Verzichtbarkeit abstellt, ist er der Ansicht, daß es ein allgemeines Merkmal, dem entnommen werden könnte, wann ein Anspruch privatrechtlich

und wann er öffentlich-rechtlich ist, nicht gebe; vielmehr müsse in jedem einzelnen Falle aus dem ganzen Rechtssystem unter Berücksichtigung aller Begleitumstände festgestellt werden, ob ein Verhältnis der Über- und Unterordnung oder der Gleichordnung vorliege. Es ist schade, daß dem Verfasser die grundlegenden Untersuchungen von Walter Burckhardt (zum Beispiel in der «Organisation der Rechtsgemeinschaft») entgangen sind, wie denn überhaupt dessen Schriften in Deutschland leider noch zu wenig Beachtung gefunden haben. PD. G. Roos, Bern

Planitz, Hans: Deutsches Privatrecht. Dritte, verbesserte Auflage. Wien 1948 (Springer-Verlag). XII, 274 S. Fr. 21.—.

«Deutsches Privatrecht» — ein Terminus, der so vieldeutig geworden ist, daß selbst eine kurze Literaturanzeige mit ihm beginnen muß. Anerkannt ist, daß es sich stofflich um Privatrechtsgeschichte des Mittelalters und der neueren Jahrhunderte vornehmlich im deutschen Sprachgebiet handelt. Einigkeit besteht auch noch über den Zweck im Unterricht: es soll dem Juristen eine geschichtliche Grundlage geboten werden für den Zugang zum modernen Privatrecht. In diesem Rahmen aber ist manches zweifelhaft geworden, seit die modernen Kodifikationen das einstige Hauptziel, die geschichtliche Ergründung geltenden einheimischen Rechts (im Gegensatz zum römischen Recht der Rezeption), haben gegenstandslos werden lassen. Die Ausscheidung römischen Rechts, soweit dieses neben dem einheimischen und mit ihm in Geltung gestanden hat, wird immer problematischer. Neue Möglichkeiten für das «Deutsche Privatrecht» als Bildungsfach eröffnet die Ausbreitung der Forschung auf außerdeutsche Gebiete. Neben den für die Frühzeit so aufschlußreichen skandinavischen Überlieferungen sind französische und angelsächsische, italienische und spanische Rechte mit ihrer Weiterentwicklung mittelalterlich-germanischer Rechtsauffassungen in die deutschrechtliche Forschung einbezogen worden. Gerade diese Richtung läßt noch viel erwarten. Dazu kommt, daß in den Grundlagen unserer modernen Rechte immer mehr geistige Bewegungen sichtbar werden, die über das Nationale hinaus allgemein abendländischen Charakter aufweisen: die mittelalterlich-kirchliche Rechtspraxis, der Aufbau städtischer Bildungen, die Reformation, die Aufklärung. Unter diesem Aspekt darf und muß erwartet werden, daß das «Deutsche Privatrecht» einer Wandlung zustrebe und allmählich zu einer Institutionengeschichte des neuern abendländischen Privatrechts werde, wobei dann auch die für das Mittelalter mehr verdeckende als fördernde Gegensätzlichkeit germanisch-römisch zurückzutreten hätte. Daß daneben eine nationale und landschaftliche Rechtsgeschichte notwen-

dig bleibt, sowohl für die Lehre wie für die Forschung, dürfte außer Diskussion stehen. Aber es drängt sich der Zweifel auf, ob ein «Deutsches Privatrecht», das sich weder auf die nationale Entwicklung beschränkt, noch — wenigstens der Problemstellung nach — auf eine europäische Institutionengeschichte ausgerichtet sein will, ein Zwitter zu werden drohe, der nicht nur dem Namen nach zukünftige Ansprüche nicht mehr voll zu befriedigen vermag.

Hans Planitz, auf dessen Buch hier hingewiesen sein soll, sieht das «Deutsche Privatrecht» in seinem Bestand nicht außer jeder Problematik. Er bekennt sich vielmehr zu der Meinung, eine eingehende Aussprache über Stoff und Methode müßte nicht unfruchtbar sein. Aber die Debatte habe noch nicht einmal begonnen. Auch würden für eine neuere Privatrechtsgeschichte die Vorarbeiten fehlen. So habe er denn seiner Neubearbeitung seine frühere Darstellung zugrunde gelegt (1. Aufl. 1925, 2. Aufl. 1931). Durch diese etwas resignierten Bekenntnisse des Vorworts darf man sich aber über den Wert des Buches nicht täuschen lassen. Gewiß mag der Leser, zumal wenn er die schweizerische Entwicklung im Auge hat, gelegentlich ein näheres Eingehen auf Etappen vermissen, die uns bedeutsam erscheinen und die auch schon wissenschaftlich erarbeitet sind. Ich denke etwa an das reformierte Eherecht, an das Naturrecht, an Prinzipien des französischen Rechts. Aber das sind im Gesamtrahmen Kleinigkeiten gegenüber dem großen Verdienst der Darstellung, die schon in den früheren Auflagen mehr als andere die Entwicklung außerhalb Deutschlands mitzuberücksichtigen begonnen hat. Die neue Auflage hat die Rechtsvergleichung fortgeführt und namentlich für das österreichische Recht vermehrt. Das ZGB wird laufend durch Hinweise beachtet, etwas weniger auch der Code civil. So bildet das Buch von Planitz trotz seiner konservativen Haltung ein Fundament, auf dem sich weiterbauen läßt. Dem Studenten wird es beim heutigen Mangel an Lehrmitteln von einzigartiger Hilfe sein.

Das Kernstück, die Darstellung des mittelalterlichen deutschen Privatrechts, ist in Anlage und Übersichtlichkeit vorbildlich. Hier kann der Verfasser vielfach eigene Forschungsergebnisse verwenden, ohne daß er sie in den Vordergrund schieben würde. Die neuere Literatur wird eingearbeitet mit einer Reife des Urteils, wie sie nur einem Mann zustehen kann, dem die Beschäftigung mit dem Stoff Lebensarbeit bedeutet.

Die abschnittsweise angeführte Bibliographie, die auch schwer auffindbare neuere Aufsätze erfaßt, wird dankbar benützt werden.

Prof. Hans Oppikof er, Zürich

Scherrer, Werner: Die geschichtliche Entwicklung des Prinzips der Vertragsfreiheit. (Basler Studien zur Rechtswissenschaft, Heft 20.) Basel 1948 (Helbing & Lichtenhahn). 114 S. Fr. 5.—.

Les «Basler Studien zur Rechtswissenschaft» ont publié la leçon que le Professeur W. Scherrer a prononcée en 1941 pour l'inauguration du cours qu'il professe à l'Université de Bâle. Les circonstances en ont retardé la publication, mais ce délai a permis à l'auteur d'enrichir son texte en y ajoutant un grand nombre de notes précieuses. Comme celles-ci sont toutes imprimées à la fin du volume, la leçon elle-même n'en est pas alourdie et conserve à la fois son unité et sa densité. On a donc sous les yeux deux œuvres, étroitement reliées: d'une part, un exposé fluide et cursif, que se bornera à lire le juriste qui ne se soucie pas de sources et de preuves; et ensuite, un ensemble de notes et de références, qui développent certains sujets, parfois jusque dans leurs moindres ramifications, étayant les thèses affirmées dans le texte et livrent enfin au lecteur curieux ou chercheur les citations et les références les plus variées et les plus pertinentes, tirées aussi bien des ouvrages allemands classiques que des publications les plus récentes des Français ou des Italiens.

C'est donc à la fois un brillant exposé synthétique de l'histoire de la liberté contractuelle, et un très utile instrument de travail et de recherche, que M. Scherrer nous a donné. Sans doute l'auteur ne prétend-il pas en général présenter des thèses historiques inédites. La valeur de son ouvrage réside moins dans la nouveauté de ses développements que dans le caractère synthétique d'une vue panoramique qui embrasse, en une cinquantaine de pages, toute l'évolution du principe de la liberté des conventions, depuis Rome jusqu'à nos jours.

Après avoir prévenu le lecteur que le but qu'il se propose est de montrer quelles sont les époques de l'histoire du droit qui ont favorisé la liberté pour les individus de conclure des conventions sans être entravés par des dispositions impératives, et de rechercher à quelles influences sont dues les nombreuses restrictions que cette liberté a aujourd'hui à subir, l'auteur énonce les quatre conséquences du principe, savoir: liberté de conclure des contrats ou de s'y refuser; de choisir son partenaire; de déterminer l'objet de la convention; enfin de la conclure sous une forme quelconque. Ces quatre points sont ensuite examinés successivement à propos des trois grandes périodes de l'histoire du droit: romaine, germanique et moderne, contemporaine. Telle est l'armature de l'exposé (I).

L'auteur entre rapidement dans le vif du sujet et décrit la situation de la liberté contractuelle selon le Droit romain (II).

Puis il passe à l'histoire du droit, depuis les Germains jusqu'à la fin de l'ancien régime (III). Ce chapitre nous a paru particulièrement intéressant car il jette de la clarté dans une époque complexe et il fait ressortir nettement les influences diverses qui se sont exercées sur les institutions juridiques de l'Europe, tout en fournissant, dans les notes, de précieux renseignements bibliographiques. Notons, parmi les points qui sont dignes d'attention: l'absence, chez les Germains, du principe absolu *de la force* obligatoire des promesses dénuées de toute forme (p. 18, contrairement à une opinion répandue au XIX^e siècle); l'avance marquée, dès le moyen âge, sur la voie du principe consensuel, par les règles du commerce (p. 20); le débat sur la réception de la stipulation en Allemagne (note 46); l'importance considérable du rôle joué par le christianisme, plus spécialement par les canonistes, dans le développement du droit moderne (p. 24 et suiv.); la constatation que le domaine des contrats formels est plus étendu dans le Code civil suisse que sous l'empire du droit commun (p. 35), etc.

Tout en se défendant de vouloir examiner dans le détail les législations modernes, M. Scherrer n'a pas terminé son exposé sans brosser un rapide tableau de l'état de la liberté contractuelle, ainsi que de son corollaire, la force obligatoire du contrat, dans les temps actuels (IV). L'autonomie privée est, de nos jours, sérieusement restreinte et parfois bien menacée. En écrivant avec talent l'abrégé de son histoire, M. Scherrer a contribué à en affermir les bases. Tous les juristes, vieux et jeunes, surtout les jeunes, devraient lire cet exposé, qui se recommande à eux par la clarté et la précision de la rédaction comme par la sûreté de la documentation et du jugement. Nul doute que chacun ne comprenne mieux, après l'avoir lu, le sens et la portée de la liberté des conventions pour l'époque actuelle, et pour la vie du droit en général.

W. Yung

Evliya, H. Fehmi: La violence en droit français et la crainte fondée en droit suisse dans la formation des actes juridiques. (Thèse Genève.) Genève 1949 (Imprimerie Genevoise). 124 p.

Unsere Zeit erlebt eine ungewöhnlich rasch fortschreitende Zersplitterung der Rechtskreise; besonders laut ruft sie darum nach Rechtsvereinheitlichung und als Vorstufe dazu oder doch als bescheideneres Ziel nach Rechtsvergleichung. Kaum ein Rechtsgebiet ist dazu aber so vorzüglich geeignet wie das Privatrecht, kaum ein Teil desselben so sehr wie die allgemeinen Lehren des Obligationenrechts: je allgemeiner die Probleme und je frei-

heitlicher die Normierung, desto fruchtbarer, anregender und brauchbarer sind in der Regel naturgemäß auch die Lösungen fremder Rechte und ihrer Wissenschaft auch für die Fortbildung des einheimischen Rechts. Als Beitrag in diesem Sinne ist wohl auch die vorliegende Arbeit zu betrachten. Sie widmet sich einer Frage, die sich jeder Privatrechtsordnung dem Gegenstande nach völlig gleich stellt, im schweizerischen Recht aber bisher verhältnismäßig wenig Aufmerksamkeit gefunden hat. Nach einem kurzen Hinweis auf das römische Recht und auf die verschiedenen Theorien zur Begründung der «actio» und «exceptio metus» werden vor allem deren Voraussetzungen, kürzer auch ihre Wirkungen dargestellt, und zwar jeweils für das französische (Art. 1111 ff. C. C.) und das schweizerische Recht (Art. 29/30 OR). Offenbar sprachlicher Gründe wegen (der Verfasser ist Türke) wird dabei allerdings nur die französisch geschriebene Literatur berücksichtigt, ein Nachteil, der aber für den schweizerischen Leser weniger schwer wiegt, denn er wird die Arbeit vor allem zur Orientierung über die französische Literatur zur Hand nehmen. Interessieren wird ihn dabei namentlich zweierlei: im französischen Recht ergeben sich vor allem Schwierigkeiten einmal aus der kasuistischen Aufzählung derjenigen Verwandten, deren Bedrohung der des Vertragschließenden gleichgestellt ist, dann aber insbesondere in den Fällen, in denen die Gefahr ohne Zutun gegeben ist und vom andern Teil lediglich ausgebeutet wird. Beide Fragen bieten im schweizerischen Recht wesentlich weniger Schwierigkeiten, weil die nahestehenden Personen in allgemeiner Umschreibung als solche erfaßt werden und neben der Drohung auch die Ausbeutung einer Notlage ganz allgemein als Grund der Unverbindlichkeit anerkannt ist (Art. 21 OR). Interessant ist auch, bei dieser Gelegenheit festzustellen, wie selbst ein so ganz allgemeiner und zeitloser Tatbestand, dessen Behandlung zudem so völlig von einer festen Überlieferung, der romanistischen, beherrscht ist, den Wandel der Verhältnisse und Anschauungen zu spüren bekommt: verwiesen sei hiefür auf das, was der Verfasser über die Tendenzen berichtet, welche die Bedrohung auch anderer als nahestehender Personen genügen lassen wollen, und auf die völlige Bedeutungslosigkeit des Art. 1114 C. C. mit seinem Vorbehalt der «crainte révérentielle». Deutlich wird auch in manchem Zusammenhang, daß auch die Lehre von den Folgen der Willensmängel noch manch heikle Frage offenläßt. Im übrigen sei hier über Einzelheiten, gelegentliche Mißverständnisse und Widersprüche nicht gestritten; daß Studien dieser Art unternommen werden, bleibt gleichwohl sehr zu begrüßen.

PD. Karl Spiro, Basel

StaeHELIN, Bernhard: Die Novation. Ihre geschichtliche Entwicklung und ihre Bedeutung im geltenden Recht. (Basler Studien zur Rechtswissenschaft, Heft 23.) Basel 1948 (Helbing und Lichtenhahn). 154 S. Fr. 8.50.

Diese ausgezeichnete Doktordissertation soll hier nur angezeigt, nicht besprochen werden. Denn es geht dabei um ganz grundsätzliche Dinge. Indem die Novation zunächst aufs engste zusammenhing mit der Stipulation, und diese ihrerseits «steht und fällt mit der Lehre von der Causa», wendet sich die Erörterung auf lange Strecken dem Wesen der Causa, den Irrungen und Wirrungen in ihrer Dogmatik und den abstrakten Rechtsgeschäften zu. Verschiedene geschichtliche Systeme und mehrere ausländische Rechte werden in dieser Hinsicht untersucht. Dabei kommt es dem Verfasser zustatten, daß er an Lehrmeinungen anknüpfen konnte, wie sie W. Yung und wie sie insbesondere sein Lehrer A. Simonius (so jüngst wieder in bedeutenden Darlegungen bei der Fortführung des Haabschen Kommentars zu Art. 714 ZGB.) vertreten hatten. Entsprechend lesen wir bei StaeHELIN von der «Erkenntnis, daß ein abstraktes Geschäft notwendigerweise auch äußerlich formell sein muß» (S. 26). Das Erfordernis einer Form ermöglicht erst den abstrakten Vertrag (S. 63). «Eine abstrakte Obligation auf den Willen der Parteien zu begründen, ist unmöglich, sie bedarf vielmehr immer der Form» (S. 73). «Es ist im Gegenteil die Auffassung der Novation durch Formalakte, welche den entscheidenden Einfluß auf die Novationslehre des gemeinen Rechts gehabt hat» (S. 75).

Indessen begnügt sich der Verfasser keineswegs mit Feststellungen wie die angeführten. In eingehenden Auseinandersetzungen mit Koryphäen wie O. Bähr, B. Windscheid, Max Rümelin und A. v. Tuhr, sucht er «im Nebel seinen Weg» (S. 84, Note 48), und man begleitet ihn mit aufrichtiger Sympathie auch da, wo man einmal mit einer geschichtlichen Vereinfachung oder mit einem dogmatischen Werturteil nicht vorbehaltlos einverstanden ist: hat man es doch mit einem echten Juristen zu tun und außerdem mit einem, der die Klaviatur schon mit erstaunlicher Sicherheit handhabt. Das erweist sich vorzüglich im ersten geschichtlichen Teil (S. 1—94), während der kleinere zweite Teil (S. 95—149) in der Hauptsache «die Vermischung der beiden dargestellten Auffassungen des französischen und des deutschen Rechts im einheimischen Recht verfolgen will», um wieder an Hand der Causa-Lehre den Charakter der schweizerischen Novation zu bestimmen. Immerhin hat der Verfasser auch hier Gelegenheit, seine kritische Einstellung zu beweisen (S. 147: «Die Novation hängt somit bei uns eigentlich in der Luft. Ihrer

ganzen Geschichte nach ist sie auf die abstrakte Obligation aufgebaut, diese selber aber ist zusammengebrochen»).

Nur eines noch: in einem Literaturverzeichnis gehören Autoren mit ihren Vornamen angeführt: Braun, Favre, Egger, Gide, Merkel, Meylan, Pahud, Rümelin, Schwartz: davon gibt es jeweils verschiedene, sehr verschiedene. (Man denke nur an die berühmten Gelehrtenfamilien der Gide, Merkel, Meylan, Rümelin!) Und daß der gute, große alte Otto Bähr geadelt worden wäre, ist durchaus unwahrscheinlich: Ludwig v. Bar, aber Otto Bähr!
M. Gutzwiller

Tobler, Ernst, Dr. jur., Fürsprecher: Die Haftungsverhältnisse in verbundenen Unternehmen. (Abh. zum schweiz. Recht NF. Heft 258.) Bern 1948 (Stämpfli & Co.). 100 S. Fr. 6.—

Es ist erfreulich, daß die nicht gerade umfangreiche schweizerische Konzernliteratur wieder einmal Zuwachs erhalten hat. Zahlreiche konzernrechtliche Einzelfragen harren schon lange einer eingehenderen wissenschaftlichen Bearbeitung. Das gilt auch für die Frage nach den Haftungsverhältnissen. In Deutschland hatten sich seinerzeit insbesondere die bekannten Konzernrechtler Georg Hamburger und Heinrich Kronstein mit den komplizierten und umstrittenen Problemen der Konzernhaftung befaßt. In der Schweiz hat außer der vom Verfasser nicht berücksichtigten Zürcher Dissertation von Max Schneebeli über die Einmangesellschaft (1934) vor allem Prof. W. v. Steiger in seinem der Holdinggesellschaft gewidmeten Referat für den Schweizerischen Juristentag 1943 die ersten tiefer dringenden Sondierungen vorgenommen. Die vorliegende Berner Dissertation baut gewißermaßen auf den Ausführungen v. Steigers auf, in den Einzelheiten lehnt sie sich aber stark an die zitierten Autoren Hamburger und Kronstein an.

Die Arbeit beginnt mit Erörterungen begrifflicher Natur, die sich leider zum Teil auf ältere, mehr oder weniger überholte Literatur stützen (ein Fehler, der bei Dissertationen häufig anzutreffen ist). Der Verfasser geht aus von der etwas übertrieben formulierten Behauptung Richard Rosendorffs, daß an Stelle der isolierten Aktiengesellschaft, die es überhaupt nicht mehr gebe, das verbundene Unternehmen getreten sei. Als solche Verbindungen oder Zusammenfassungen von Unternehmen kommen vor allem in Frage die Kartelle (das Syndikat ist eine besondere Art des Kartells!), die Konzerne, die Fusionen, die Trusts und die vom Verfasser nicht erwähnten Zweckgemeinschaften. Im Zentrum der begrifflichen Betrachtungen steht der Konzern. Die eigentlichen Haftungsprobleme werden lediglich im Rahmen

des Konzerns behandelt. Es wäre deshalb richtiger gewesen, den Titel der Arbeit entsprechend einzuschränken. Zum Teil die gleichen Probleme finden sich aber auch bei den Kartellen und den Zweckgemeinschaften, sofern sie sich einer Organgesellschaft bedienen. Das ist vor allem dann der Fall, wenn sich die Kartelle oder Zweckgemeinschaften in die Gestalt der Doppelgesellschaft kleiden. Bei dieser handelt es sich um eine kombinierte Verwendung von zwei Gesellschaftsformen zu ein und demselben Zweck. Wenn sich zum Beispiel die Unternehmen einer bestimmten Branche zu einem Kartell zusammenschließen, so geschieht dies häufig in der Weise, daß mit dem Abschluß des Kartellvertrages eine einfache Gesellschaft begründet und daneben auch noch eine AG errichtet wird, die als wirtschaftlich gänzlich unselbständiges Organ der nicht rechtsfähigen einfachen Gesellschaft zu dienen hat. Diese AG stellt eine Organgesellschaft dar. Organgesellschaften finden sich aber auch bei den Konzernen, und die Probleme der Konzernhaftung treten bei diesen Gesellschaften in verstärktem Maße in Erscheinung.

Der Konzern bedeutet einen besonders intensiven Unternehmenszusammenschluß, indem eine Mehrheit von zivilrechtlich selbständigen Unternehmen eine «einheitliche Gruppe» (besser würde es heißen: «wirtschaftliche Einheit») bildet, die von einem einheitlichen Willen nach einem einheitlichen Plan geleitet wird. Die mehreren formell selbständigen Unternehmen stehen zueinander im Verhältnis der Gleichberechtigung (Koordination) oder — weit häufiger — der Über- bzw. Unterordnung (Subordination). Beim Subordinationskonzern, der entgegen der Ansicht des Verfassers vom Begriff des Vertikalkonzerns (der Zusammenfassung verschiedener Produktionsstufen) scharf getrennt werden muß, beherrscht ein übergeordnetes Unternehmen ein oder mehrere abhängige Unternehmen, die vor allem als Tochtergesellschaften oder Organgesellschaften in Erscheinung treten. Für den Juristen geht es beim Konzern in erster Linie um die Frage, ob und inwieweit die zu einer wirtschaftlichen Einheit verbundenen formellrechtlich selbständigen Konzernunternehmen auch rechtlich eine Einheit darstellen. Die allgemein herrschende Lehre steht auf dem Boden der sogenannten modifizierten Einheitstheorie, wonach für jedes einzelne Rechtsgebiet, mit dem der Konzern in Berührung tritt (Aktienrecht, Steuerrecht usw.), speziell abzuklären ist, inwieweit eine rechtlich einheitliche Behandlung geboten erscheint. Diese Einheitstheorie spielt auch bei den Fragen der Konzernhaftung eine Rolle.

Sozusagen alle bisherigen Erörterungen über die Konzernhaftung leiden unter einer nicht genügend klaren Differenzierung

der verschiedenen Haftungskategorien. In der vorliegenden Arbeit zeigt sich dies auch in der nicht gerade glücklichen Formulierung der Untertitel. Im Vordergrund steht die Frage der unmittelbaren Haftung des einen, insbesondere des herrschenden Unternehmens für die vertraglichen oder deliktischen Verbindlichkeiten des andern, insbesondere des abhängigen. Wird zum Beispiel bei einem Vertrag eines abhängigen Unternehmens automatisch auch das herrschende verpflichtet? Muß also in dieser Hinsicht der Konzern als eine rechtliche Einheit aufgefaßt werden? Mit Recht wird eine solche lediglich aus der Tatsache der Konzernzugehörigkeit oder der Abhängigkeit abgeleitete Haftung allgemein abgelehnt. Sehr wohl können sich aber bei Vorliegen besonderer Tatbestände Rechtsgründe für die Haftung anderer, insbesondere des herrschenden Konzernunternehmens ergeben. So zum Beispiel, wenn das leitende Unternehmen bei Verhandlungen über Verträge zwischen dem abhängigen Unternehmen und einem Dritten mitwirkt und diesem über das abhängige Unternehmen falsche Informationen gibt. Im Verhalten des leitenden Unternehmens bei solchen Verhandlungen kann unter Umständen aber auch ein Garantieverprechen liegen. Oder es kann das herrschende Unternehmen, das als Vertreterin eines andern Konzernunternehmens die Verhandlungen mit Dritten führt, aus *culpa in contrahendo* haftbar werden, was allerdings umstritten ist. Wenn ein Dritter mit dem abhängigen Unternehmen kontrahieren will und nur (!) die herrschende Gesellschaft weiß, daß dieses den Vertrag nicht erfüllen kann, so besteht eventuell eine Aufklärungspflicht (Einheitstheorie). Bei deliktischen Handlungen des abhängigen Unternehmens kann sich die herrschende Gesellschaft als Anstifterin oder Mittäterin, eventuell aber auch bloß aus Art. 55 oder 101 OR (besonders bei Organgesellschaften) haftbar machen. In bezug auf die Organgesellschaft ist streitig, ob nicht generell deren Gläubiger die Herrschaftsperson in Anspruch nehmen können, wenn diese der Organgesellschaft die Erträge entzieht und damit die Möglichkeit nimmt, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Der Verfasser lehnt eine derartige Haftung ab, während der Rezensent in seiner Arbeit über die Doppelgesellschaft Bd. 1, S. 7, 196, im Sinne der Einheitstheorie sogar schlechthin eine Haftung der Herrschaftsperson für die Schulden der Organgesellschaft angenommen hat, falls diese in Zahlungsschwierigkeiten kommt. Wie der Verfasser zugesteht, kann sich aber auch bei andern Konzernverhältnissen unter Umständen eine Ausfallhaftung ergeben, vor allem kann eine Gewinnzerlegung oder eine sonstige interne Vermögensverschiebung zu einer solchen Haftung führen. Der Verfasser geht sodann auch

der Frage nach, ob die herrschende Gesellschaft Dritten gegenüber hafte für die Handlungen ihrer Vertreter in der Verwaltung der abhängigen Gesellschaft. Da nach geltendem Recht eine juristische Person als solche in der Verwaltung einer AG nicht vertreten sein kann (der Verfasser tritt *de lege ferenda* für eine andere Lösung ein), kommt eine Haftung der herrschenden Gesellschaft aus Art. 55² ZGB bzw. Art. 718³ OR nicht in Betracht. Der Verfasser nimmt hingegen eine Haftung an auf Grund von Art. 101 OR, was aber meines Erachtens in diesem Zusammenhang ganz unmöglich ist. Wer soll denn der Vertragspartner sein, demgegenüber gehaftet werden soll?

In den Kreis der Konzernhaftungsprobleme gehört schließlich noch die Frage, ob sich für die herrschende Gesellschaft auch in ihrer Eigenschaft als Großaktionärin der abhängigen Gesellschaften irgendwelche Haftungsmöglichkeiten ergeben können. Besteht eine Haftung auf Grund einer mißbräuchlichen Stimmabgabe in der Generalversammlung der abhängigen Gesellschaft, wenn die Interessen der Minderheitsaktionäre oder der Gläubiger beeinträchtigt werden, oder ergibt sich eine Haftung auf Grund von Weisungen, die außerhalb der Generalversammlung an «eingeschüchterte» Organe des abhängigen Unternehmens gegeben werden? Es handelt sich hier um allgemeine aktienrechtliche Fragen, die allerdings bei den Konzernen besondere praktische Bedeutung erlangen. Bei der mißbräuchlichen Stimmabgabe zum Nachteil der Minderheitsaktionäre geht es um die Probleme der Schranken der Majoritätsherrschaft und der Treuepflicht der Aktionäre. Mißbräuche in diesen Richtungen können unter gewissen Voraussetzungen eine Schadenersatzpflicht im Sinne von Art. 41 OR begründen.

Zusammenfassend kann immerhin festgestellt werden, daß die vorliegende Arbeit im großen ganzen einen guten Einblick in die vielschichtigen, zum Teil noch ungelösten Haftungsprobleme vermittelt.

Prof. E. Naegeli, St. Gallen.

Weidmann, E.: Bilanzkunde und Bilanzrecht. 3., neu bearbeitete und erweiterte Auflage. Zürich 1948 (Verlag des Schweiz. Kaufmännischen Vereins). 244 p., kart. Fr. 11.—, geb. Fr. 14.—.

Egger, J. G.: Die Bilanz, Kleines Handbuch für die Praxis. 2. Auflage. Zürich 1948. 156 S., geb. Fr. 6.50.

Les discussions auxquelles ont donné lieu les rapports publiés dans la Revue de droit suisse sur la manière d'organiser les études de droit, soit à l'assemblée des juristes suisses à Frauenfeld, soit dans des milieux très étendus, ont mis en vedette l'universalité du droit. Dans un exposé très remarqué, M. Engel a fait à la

comptabilité une place spéciale parmi les disciplines accessoires de la science du droit. Plusieurs cantons imposent aux candidats au barreau la preuve qu'ils ont acquis de la comptabilité une connaissance suffisante. Le Code des obligations a consacré au bilan des sociétés anonymes des dispositions détaillées. «Le bilan dans les sociétés anonymes au point de vue juridique et comptable» de M. Folliet est entre les mains de tout juriste.

Deux ouvrages traitant du bilan ou plutôt deux nouvelles éditions de ces ouvrages méritent une mention spéciale.

Le livre de M. E. Weidmann est un traité du bilan. Ce ne sont pas seulement des définitions du bilan et de ses divers postes, des principes d'économie ou de droit que l'on trouvera dans ce traité, mais un véritable guide dans la manière d'établir et de juger un bilan. La première partie du livre de M. Weidmann rendra le comptable lui-même attentif aux règles qui doivent présider à l'établissement du bilan. La seconde partie intéressera plus spécialement le juriste; on pourrait l'intituler «comment lire un bilan». Qu'un banquier, un financier, un notaire chargé de placer les fonds de leurs clients sachent lire un bilan, il est inutile de le dire. Comment sauraient-ils prendre des décisions et en donner la justification sans être parfaitement au courant de la signification des divers postes des bilans qui leur seront présentés! Mais l'avocat, le juge doivent, eux aussi, savoir critiquer un bilan dès le moment où des questions de responsabilité civile ou de sanctions pénales devront être envisagées à l'égard de personnes qui auraient établi des bilans propres à inspirer une confiance qu'une entreprise ne méritait pas. Ce sont des renseignements précieux que leur fournit M. Weidmann dans la seconde partie de son ouvrage. Une dernière partie de ce livre due à la collaboration de M. Märkli expose à la lumière de trois exemples pratiques la manière de critiquer utilement un bilan.

L'ouvrage de M. Egger «*Die Bilanz*» a un caractère plus spécial. On y trouve, plus résumés, les principes qui doivent être mis à la base de l'établissement du bilan; les pages consacrées à l'établissement du bilan de la société anonyme méritent d'être spécialement mentionnées. Mais M. Egger étudie l'établissement du bilan surtout sous l'angle de l'impôt. Le seul titre de «*Steuerbilanz und Handelsbilanz*» est significatif. Un soin particulier est voué à la politique des amortissements et à sa réalisation dans les bilans. L'auteur ne se borne pas à enseigner la critique du bilan mais il ne craint pas de s'attaquer à certaines méthodes appliquées par l'administration fédérale des contributions qui, dit-il, ne tient que très insuffisamment compte de postes qui devraient être normalement admis dans les amortissements. Il sera inté-

ressant de voir dans quelle mesure les diverses administrations fiscales tiendront compte des suggestions précises de M. Egger, suggestions que l'on trouvera déjà dans l'introduction de ce livre comme une thèse que l'auteur défendra tout au cours de son traité.

Fort à propos la Société suisse des commerçants vient de publier une brochure de 44 pages: «*Wegleitung für die eidgenössische Diplomprüfung für Buchhalter*, Zurich 1948, fr. 1.50» indiquant tout ce que doit savoir un candidat pour subir avec succès les examens pour l'obtention du diplôme fédéral de comptable. Le secrétaire de la Société a donné, comme seconde partie de cette brochure, des indications utiles sur l'importance pratique de ce diplôme.

Comme il importe que tout juriste soit au courant de tout ce qui paraît en librairie concernant les branches auxquelles il s'intéresse, il ne faut pas omettre de faire remarquer que, soit le livre de M. Weidmann, soit la modeste brochure de la Société suisse des commerçants contiennent des indications bibliographiques très au point sur l'état actuel des sciences du bilan et de la comptabilité en général.

Prof. Pierre Aeby, Fribourg

Giacometti, Zaccaria: Schweizerisches Bundesstaatsrecht. Neubearbeitung der 1. Hälfte des gleichnamigen Werkes von F. Fleiner. Zürich 1949 (Polygraphischer Verlag). 987 S. Geb. Fr. 58.—.

Quand, en 1923, le regretté Fritz Fleiner fit paraître son *Schweizerisches Bundesstaatsrecht*, ce fut un événement. L'ouvrage venait à son heure, pour remplacer des traités déjà vieillis, compléter les précis de Lampert et d'Affolter, et ériger — en regard du riche commentaire de Burckhardt — une œuvre plus synthétique et plus systématique. Notre illustre compatriote, revenu en Suisse quelques années auparavant, après s'être fait un nom dans la science juridique allemande, devait apporter à ce travail sa vaste culture, sa lumineuse clarté, l'aisance de son style et la hardiesse de sa pensée. Son livre a été le bréviaire d'une génération de constitutionnalistes suisses. Il a connu une grande diffusion, même au delà du cercle des juristes; et, si les Autorités fédérales ont souvent contredit les idées du maître de Zurich, celles-ci ne furent jamais oubliées et apparurent même comme une protestation permanente contre la désinvolture des pratiques inconstitutionnelles.

Mais *tempora mutantur*: Quinze ans après la première édition, Fleiner lui-même avait compris la nécessité de se renouveler. Il avait conçu le plan d'une deuxième édition profondément rema-

niée; il se mettait même à l'œuvre, quand la mort le surprit, en pleine activité, en automne 1937.

Nul n'était mieux désigné pour lui succéder que son disciple et collègue, le professeur Z. Giacometti, ce Suisse-Italien, dont la féconde carrière se déroule à Zurich, et qui a déjà enrichi la science suisse-allemande de plus d'un ouvrage magistral, sans compter de nombreuses et solides monographies. Ses propres travaux n'ont pas permis à M. Giacometti de reprendre immédiatement la plume tombée des mains de son maître; et les juristes de notre pays ont dû attendre douze ans encore la seconde édition du *Schweizerisches Bundesstaatsrecht* — douze ans pendant lesquels le livre épuisé de Fleiner a fait l'objet des plus fructueuses spéculations des bouquinistes! Gardons-nous cependant d'en faire un reproche à M. Giacometti, et félicitons-le, au contraire, d'avoir publié, si peu d'années après son beau traité de droit constitutionnel cantonal, un gros volume de près de mille pages qui n'est pas seulement une consciencieuse mise à jour, mais une refonte presque totale de l'ouvrage de Fritz Fleiner.

L'auteur nous avertit immédiatement des divergences qui le séparent de son prédécesseur: il n'a repris que la première moitié du traité paru en 1923, en redistribuant la matière, en l'émondant d'une part, en la développant de l'autre, de sorte qu'au total, 175 pages seulement de l'ancien livre sont passées telles quelles dans le nouveau. Mais tout cela ne touche guère qu'à la forme. Quant au fond, les opinions de l'auteur s'écartent aussi plus d'une fois des opinions de son maître: affaire de génération, dit-il. Question de tempérament plutôt, à mon avis.

Les chapitres de l'ouvrage primitif que M. Giacometti a délibérément sacrifiés étaient consacrés au droit administratif fédéral. Aussi bien le sacrifice s'imposait et il sera toujours temps de revenir sur cette matière, le jour où quelque auteur écrira le grand traité systématique, théorique et pratique du droit administratif suisse qu'attendent les juristes de notre pays.

Ainsi limité au droit constitutionnel proprement dit, M. Giacometti lui a consacré deux fois plus de pages que Fleiner; et il a eu raison, car il devait non seulement tenir compte de tout ce dont la doctrine et plus encore la pratique ont augmenté la matière du droit constitutionnel suisse; mais encore il devait donner de justes proportions à un chapitre que Fleiner n'avait traité qu'en abrégé, peut-être pour éviter de faire double emploi avec le commentaire de Burckhardt: le chapitre essentiel des droits de l'homme, auquel M. Giacometti a restitué sa véritable importance.

Du reste, ces différences de détail ne doivent pas faire illusion. La matière de cette nouvelle édition reste la même, mais mieux ordonnée et, pour tout dire, plus travaillée.

*

Les qualités de méthode de cet ouvrage sont, en effet, hors de pair. Après une brève introduction historique, on passe de l'étude abstraite des sources à celle de la structure fédérative de l'Etat suisse et aux relations entre la Confédération et les cantons, puis au droit de cité, puis aux libertés et à l'égalité des citoyens. De là on aborde le vaste chapitre des organes de l'Etat, que l'auteur a ouvert par d'intéressants paragraphes sur le régime électoral. Et l'on termine par l'étude successive de la législation et de la juridiction.

Tout cela est traité de main de maître, avec des références constantes et très complètes aux textes, à la doctrine et à la pratique et avec des renvois qui facilitent beaucoup la lecture.

Quant au fond — je le répète — les différences entre Fleiner et M. Giacometti sont plutôt une affaire de tempérament, de personnalité. Moins imaginaire et moins hardi que celui-là, celui-ci est plus rigoureux et plus complet dans ses démonstrations. Son souci d'analyse et de technique juridiques est constant, ce qu'on ne pourrait toujours affirmer de son maître; et il pousse plus loin ses scrupules de loyal exégète de la constitution. Mais cette conscience, cette modestie même n'altèrent nullement la fermeté; au contraire! Serviteur respectueux de la constitution positive, il a des accents d'une farouche énergie pour stigmatiser les violations dont elle est l'objet. Sous une discipline intellectuelle parfaite et une probité qui touche parfois au scrupule, ce Grison cache une indépendance d'esprit et une passion qui font parfois de beaux éclats.

Les principes dont se réclame l'auteur sont les mêmes que ceux de son maître; il le dit bien haut: «*Eines aber ist gleich geblieben wie in Fleiners Bundesstaatsrecht: die grundsätzliche liberale rechtsstaatliche Einstellung, deren wichtigster Exponent Fritz Fleiner in unserem Lande war und die er als kostbares Vermächtnis hinterlassen hat.*» Cependant, on ne fonde pas directement un traité de droit constitutionnel positif sur un credo politique. Un tel traité procédera toujours, immédiatement, d'une doctrine de droit constitutionnel général. Or, soit par originalité, soit par souci d'écrire une œuvre populaire, Fleiner avait un peu bravé cette vérité fondamentale, et il y avait là une lacune indiscutable dans son œuvre. M. Giacometti en a eu nettement conscience, car, au seuil de l'ouvrage, il laisse entrevoir ses attaches doctrinales; et sa science du droit positif suisse est manifestement étayée sur

certaines fondements théoriques fort discrètement indiqués, d'ailleurs, tels que le normativisme et plus encore le monisme kelséniens, et l'objectivisme de Burckhardt. Il faut souhaiter que M. Giacometti ait un jour l'occasion de s'expliquer plus longuement sur ces doctrines qu'on aurait tort de considérer comme paroles d'Évangile, et dont la critique pourrait remettre en question certaines des idées de l'auteur¹.

*

Pour rendre véritablement compte d'un tel ouvrage, de son ampleur et de sa magnifique richesse, il faudrait pouvoir suivre l'auteur page après page. Choisissons au moins deux ou trois chapitres pour présenter, dans un raccourci aussi fidèle que possible, quelques échantillons de la pensée de M. Giacometti, et pour rapporter son opinion sur quelques-uns des problèmes cardinaux de notre droit public. Et, pour donner libre cours à la critique, choisissons de préférence des sujets sur lesquels nous sommes en désaccord avec l'auteur. Le compte en sera plus vite fait que celui des passages de son œuvre que nous approuvons entièrement!

L'un des problèmes fondamentaux du droit constitutionnel suisse — le plus grave peut-être — c'est le problème du fédéralisme, qui, pour les juristes, tend à se réduire à un débat sur la ou les théories de l'État fédératif. M. Giacometti nous introduit dans ce débat sans en retracer tout le développement historique: les temps ne sont-ils pas déjà lointains, où la doctrine dominante (voire exclusive) voyait dans l'État fédératif un équilibre de souverainetés entre l'«État central» et les «États membres». Il y a beau temps que des juristes de tous les pays ont rejeté dans la légende le mythe constitutionnel de la prétendue souveraineté cantonale. Néanmoins, pour la majorité d'entre eux, l'État fédératif représentait encore une catégorie particulière d'État, dont ils s'efforçaient de déterminer les caractères spécifiques. Mais cette notion qualitative de l'État fédératif avait déjà été critiquée dans notre propre pays, et M. Giacometti y renonce complètement. Pour lui, il n'y a qu'une distinction quantitative entre l'État dit fédératif et un État unitaire quelconque. Bref, ce qui était un problème de forme de l'État n'est plus pour lui qu'un problème de décentralisation: les cantons sont à la Confédération ce que les communes sont aux cantons, de simples corps administratifs autonomes (*Selbstverwaltungskörper*). Répétons-le: cette opinion n'est pas nouvelle dans la doctrine générale et dans la

¹ On trouvera, d'ailleurs, de plus amples développements doctrinaux dans le premier chapitre du *Staatsrecht der schweizerischen Kantone* du même auteur.

doctrine suisse; néanmoins il ne nous semble pas que jusqu'ici personne, dans notre pays, l'ait formulée en termes aussi absolus. Les cantons n'ont pas de pouvoirs originaires, mais uniquement des pouvoirs dérivés; ils n'ont plus de réalité que dans le cadre de la Constitution fédérale et en vertu de la Constitution fédérale, source première de tout le droit et de toutes les institutions suisses; et M. Giacometti d'affirmer que «*Die Kantone sind, rechtlich betrachtet, Geschöpfe der Bundesverfassung*». Les cantons une création de la Constitution fédérale! En vérité, voilà une proposition franchement hérétique! Elle nous paraît condamner — même «*rechtlich betrachtet*» — la logique abstraite qui conduit à une conclusion aussi contraire au donné historique. Conclusion d'ailleurs mortelle pour le fédéralisme suisse; car si l'autonomie cantonale est une création de la Constitution fédérale, celle-ci peut aussi la supprimer; ce que la Constitution avait fait, une révision de la Constitution ne pourrait-elle pas tout aussi bien le défaire?

A vrai dire l'auteur lui-même recule devant cette ultime conséquence; et, dans une autre partie de son livre, il élève au contraire la forme fédérative de la Suisse (de même que le régime démocratique et les libertés individuelles) à la hauteur de règles immuables, échappant à toute possibilité de révision constitutionnelle. Je ne puis rapporter ici le détail de l'argumentation assez subtile sur laquelle il étaye cette affirmation consolante. Relevons simplement qu'elle repose sur l'interprétation de la volonté présumée du constituant (Assemblée fédérale, peuple et cantons) et sur la conception libérale de l'Etat (*freiheitliche Staatsidee*), qui est à la base de la Constitution fédérale. Par le biais de l'interprétation, Giacometti corrige Giacometti. Mais il faut avouer que le moyen employé paraît hasardé et surprend de la part d'un juriste aussi rigoriste; car on n'interprète pas la Constitution fédérale, mais on y ajoute, quand on affirme que certaines de ses dispositions sont frappées d'immutabilité, alors que rien, dans le texte d'aucun de ses articles, ne contient aucune indication dans ce sens. Sans nous engager ici dans une controverse que le but et les limites de ce compte rendu ne comportent pas, nous pensons qu'il serait plus satisfaisant et, à tout prendre, plus juridique de chercher à fonder la pérennité de la forme fédérative de l'Etat suisse sur des règles de droit non écrit complétant la Constitution fédérale et la dominant. Mais, pour admettre l'existence de ces règles et leur validité (*Geltung*), il faudrait abandonner le normativisme moniste de Kelsen et même s'affranchir du positivisme juridique. M. Giacometti s'y refuserait, sans doute. Je crois cependant qu'en reculant à l'excès

— ne fût-ce que sur un seul point — les limites de l'interprétation de la constitution écrite, il montre qu'il se sent à l'étroit dans la stricte discipline positiviste.

*

Un autre problème capital du droit public suisse, c'est le problème de la législation, de la *Rechtssetzung*. M. Giacometti lui consacre plus de cent pages, sans compter les nombreux autres passages de son livre où il y revient incidemment. De sorte qu'il n'y a pour ainsi dire pas un des aspects du problème qu'il n'ait examiné à fond.

Il a consacré notamment aux arrêtés et aux ordonnances législatives de longs développements, qui sont en grande partie le fruit de ses travaux antérieurs. Ce sont des sujets particulièrement délicats, controversés en doctrine, et que la pratique a profondément obscurcis. M. Giacometti les domine parfaitement; il les éclaire sans les rendre proprement faciles (ce qui n'était pas en son pouvoir, d'ailleurs). Puis il pose ses conclusions d'une main ferme et, au besoin, avec le courage qui le caractérise.

Alors que la pratique et la doctrine dominante classent les arrêtés fédéraux de portée générale dans les actes législatifs, Fleiner s'était insurgé contre cette manière de voir, affirmant qu'un arrêté ne saurait être, par définition même, qu'un acte administratif, et condamnant par conséquent l'usage qui consiste à revêtir du titre d'arrêté fédéral de véritables lois, au sens matériel du terme. Cette opinion avait pour elle la simplicité et la clarté. Néanmoins, M. Giacometti n'a pas cru pouvoir la faire sienne: après l'avoir longuement discutée, il donne la préférence à l'opinion contraire; non sans doute qu'il en approuve toutes les conséquences, mais parce qu'il lui semble qu'une exégèse serrée des textes constitutionnels la lui impose. Admirons cette probité intellectuelle, mais avouons que l'argumentation de l'auteur et son interprétation strictement littérale du texte allemand de la constitution ne nous paraissent pas absolument décisives. Regrettons surtout qu'il ait pris le contre-pied de l'opinion de son maître qui — en distinguant soigneusement l'objet de la loi proprement dite et celui des arrêtés fédéraux — tendait à prévenir les abus de la clause d'urgence et les tricheries contre le referendum populaire, que M. Giacometti est le premier à condamner.

Mais si, dans la question de la nature juridique des arrêtés fédéraux, il se montre ainsi d'un conformisme sans enthousiasme, ailleurs il est au contraire hardiment hétérodoxe. Sur la fameuse question de la délégation de compétence en matière législative, son opinion a varié: il rappelle lui-même les étapes de cette évolu-

tion; mais aujourd'hui son siège est fait: la délégation est inconstitutionnelle, car une compétence n'est pas — pour les autorités qui en sont investies — un droit dont elles puissent librement disposer; et, d'ailleurs, la délégation aboutit à soustraire au referendum populaire des règles matérielles qui devraient normalement y être exposées. En soutenant cette conclusion — que je crois entièrement juste — l'auteur ne craint pas de se mettre en opposition avec la majorité de la doctrine, la majorité des juristes suisses, et toute la jurisprudence du Tribunal fédéral².

Il va plus loin encore. Tout le régime des pleins pouvoirs constitue, à ses yeux, un renversement de la compétence matérielle des autorités, telle qu'elle résulte de la constitution actuelle; et, par conséquent, il ne craint pas de taxer d'inconstitutionnalité tous les arrêtés pris en vertu des pleins pouvoirs. Ce qu'on appelle le droit de nécessité, dit-il, n'est qu'une invention de la raison d'Etat («*eine Maxime der Staatsräson*») et nullement une institution juridique. Sans le suivre jusque là, tout citoyen que cette question préoccupe lira avec une grande satisfaction les pages dans lesquelles M. Giacometti montre que — même à les supposer licites — les pouvoirs extraordinaires du Conseil fédéral ne sauraient se comprendre que dans des limites étroites et sous des conditions rigoureuses; qu'en fait, ces limites ont été fréquemment et abusivement dépassées, et que cette pratique révèle fâcheusement la contagion des régimes autoritaires, à laquelle la Suisse n'a pas entièrement échappé.

Dans le même ordre d'idées, et *de lege ferenda*, l'auteur se déclare ouvertement partisan d'un contrôle judiciaire de la constitutionnalité des lois fédérales, contrôle qui lui paraît toujours mieux justifié au fur et à mesure que les attributions de la Confédération se multiplient, et d'autant plus désirable que le Parlement fédéral remplit de moins en moins la fonction de gardien de la Constitution. Il appelle également de ses vœux — comme la plupart des juristes suisses, d'ailleurs — une extension de la juridiction administrative, si ardemment réclamée par notre peuple en 1914 et si parcimonieusement attribuée au Tribunal fédéral en 1928.

✽

Ces quelques exemples — auxquels on pourrait en ajouter bien d'autres — montrent assez l'orientation du travailleur loyal et acharné qu'est M. Giacometti. Contribution magistrale à l'étude du droit positif, son livre est plein de suggestions pour l'avenir.

² qui a constamment admis la validité de la délégation en droit constitutionnel *cantonal*.

Il est plein aussi d'avertissements et de mises en garde. Ce juriste foncièrement rigoureux — voire même un peu rigide — s'alarme et même s'indigne chaque fois qu'il voit le droit méconnu dans les faits. Bien plus, c'est toute la tendance de notre pratique constitutionnelle qu'il dénonce avec angoisse: nous confessons des lèvres, dit-il, notre foi dans la Constitution, mais nous ne lui vouons qu'une fidélité problématique. — La Suisse n'a pas résisté comme elle l'aurait dû à l'assaut que le monde a livré contre l'idée de l'Etat de droit, c'est-à-dire contre la civilisation même. — Le droit est en décadence, parce que nos autorités ont perdu de vue la valeur des principes et tendent même à consacrer en fait «*den Grundsatz der grundsätzlichen Grundsatzlosigkeit*». Ce cruel jeu de mots qui termine la préface du livre donne une idée de la noble intransigeance d'un savant auquel il ne manque plus qu'une philosophie du droit à la mesure de sa science et à la hauteur de son caractère.

Prof. Marcel Bridel, Lausanne

Eichenberger, Kurt: Die oberste Gewalt im Bunde. Über die verfassungsrechtliche Verteilung und die tatsächliche Ausübung der Rechtsetzungs- und Regierungsfunktionen im schweizerischen Bundesstaat. Zürich 1949 (Polygraphischer Verlag AG.). 343 S. Fr. 13.—

Die oberste Gewalt im Sinne der allgemeinen Staatslehre ist diejenige, die den Staat schafft, das *Pouvoir constituant*. Allein diese ist eine rein soziologische, noch vorrechtliche Gewalt. Eine andere, davon verschiedene Frage ist es, wem in dem geschaffenen Staat die oberste Gewalt zusteht. Im Verfassungsstaat, in dem sich das Recht im Dreiklang Rechtsetzung, Rechtsanwendung und Rechtserzwingung verwirklicht, ergibt sich aus der Sache selber ein Vorrang der gesetzgebenden Behörde. Rechtsetzung, Rechtsanwendung und Vollstreckung umfassen aber nicht die ganze Staatstätigkeit; vielmehr bleibt noch, wie es von der neueren Staatsrechtslehre herausgearbeitet worden ist, ein weiterer Bestand notwendiger primärer Entscheidungen übrig, über den die berufene Instanz in materiell freier Weise befindet. So gesellt sich den traditionellen drei Staatsgewalten Gesetzgebung, Justiz und Verwaltung eine vierte Staatsfunktion, die Regierung, hinzu, und die höchste Staatsgewalt liegt bei den beiden Instanzen, wo die primären, ursprünglichen Entscheidungen gefällt werden: beim Gesetzgeber und bei der Regierung. Liegt der Schwerpunkt der Entscheidungen beim Gesetzgeber, so charakterisiert sich der Staat als Legislativstaat, liegt er bei der Regierung, als Exekutivstaat. Damit hätten wir die Ausgangslage der vorliegenden Arbeit, einer Berner Dissertation, kurz skizziert. Wem nun, so fragt

der Verfasser, stehen diese obersten Funktionen im schweizerischen Bundesstaat zu; ist er ein Legislativstaat, oder muß er als Exekutivstaat bezeichnet werden? Von zwei Seiten her tritt der Verfasser an diese Frage heran. Vorerst sucht er die Frage normativ nach dem Sinn und Geist der Bundesverfassung zu beantworten, hierauf untersucht er die Verfassungspraxis. So ergibt sich eine Zweiteilung der Arbeit in einen juristischen und in einen soziologischen Abschnitt; zum Schlusse stellt der Verfasser die Ergebnisse beider Untersuchungen einander gegenüber, um in einer gehaltvollen Übersicht die gestellte Frage zu beantworten.

Daß Verfassungsrecht und Verfassungspraxis nicht mehr übereinstimmen, ist schon mehrmals betont worden. Der Verfasser hat es nun auf sich genommen, nicht nur einer einzelnen Frage nachzugehen, sondern er wirft die Frage prinzipiell auf und untersucht in einem Querschnitt das ganze Verfassungsleben: die Gesetzgebung und die Gesetzgebungspraxis, das Verordnungsrecht des Bundesrates und die Praxis der Verordnungsrechtsetzung, das Notrecht und die Praxis der Notrechtsetzung, die Regierungsfunktionen (Oberleitung) und die Regierungspraxis. Er verarbeitet dabei besonders im soziologischen Teil ein gewaltiges Material, angefangen bei den Protokollen der Bundesversammlung, parlamentarischer und außerparlamentarischer Kommissionen, Botschaften des Bundesrates bis zu Zeitungsmeldungen und Auskünften von Parlamentsmitgliedern und Bundesbeamten. Es gelingt ihm, aus der Fülle des Stoffes die gegenwärtige Praxis, die natürlich im einzelnen immer wieder durchbrochen wird, in ihren Tendenzen und ihrem allgemeinen Typus eindrücklich herauszuarbeiten. Das Ergebnis entspricht dem, was man allgemein, aber doch mehr gefühlsmäßig weiß. Die Bundesverfassung wollte den normalen Legislativstaat kreieren; in Tat und Wahrheit tendiert er heute zum Exekutivstaat, indem die Exekutive und mit ihr die Bundesverwaltung die Legislative in ihren Funktionen, seien es solche der Rechtsetzung, seien es solche der Regierung, leiten. Er wird aber andererseits dadurch gemildert, daß der Bundesrat Rücksicht nehmen muß auf die öffentliche Meinung, die Meinung des Parlamentes und der Aktivbürgerschaft, die föderalistische Struktur des Landes, die Parteien und Wirtschaftsverbände. Eichenberger bezeichnet die Staatsstruktur des Bundes demgemäß als gemäßigten Exekutivstaat.

Der Verfasser huldigt keinem extremen formalen Standpunkt, sondern bleibt in seinem Urteil maßvoll und zeigt eine erstaunliche Reife, ohne aber auch Mängel zu verschweigen. Die wesentlichen Ursachen dieser Entwicklung sieht er in der Überlastung des Parlamentes, in der Kompliziertheit der neuen Staatsaufga-

ben und, was als Positivum gewertet werden darf, in der Tüchtigkeit, Stabilität und Überparteilichkeit des Bundesrates. Der Weg zurück wäre einfach, aber keine Lösung; vielmehr stehe unsere Generation vor der neuen Aufgabe, zwischen «Nur-Rechtsstaat» und «totalitärem Staat» eine tragbare Synthese zum «modernen Sozialstaat» zu finden.

Das Buch ist nicht nur für Juristen bestimmt. Dieser Spiegel der heutigen staatsrechtlichen Situation dürfte wohl jeden nachdenklich stimmen, der über den politischen Tagesfragen nicht die grundlegenden Fragen unseres Staatslebens aus den Augen verlieren möchte.

PD. G. Roos, Bern

Marschall, Josef, Dr.: Schule und Konfession (Das Prinzip der Konfessionslosigkeit der öffentlichen Schulen in der Bundesverfassung). Bern 1948 (Paul Haupt). 276 S. Fr. 14.50.

Als sich vor einigen Jahren eine kantonale Erziehungsdirektion erkundigte, ob es zulässig wäre, in einem neuen Schulgesetz vorzuschreiben, daß die Schulen auf christlicher Grundlage geführt werden müssen, erachtete die eidgenössische Justizabteilung diese Vorschrift als verfassungswidrig (Verwaltungsentscheide Heft 14 Nr. 12). Diese Auffassung ist nicht ohne weiteres einleuchtend, wenn man bedenkt, daß über der Schweizerischen Bundesverfassung die Präambel steht «Im Namen Gottes des Allmächtigen». Es ist deshalb verdienstlich, daß die Bedeutung der Glaubens- und Gewissensfreiheit für die öffentlichen Schulen einer eingehenden Untersuchung unterzogen wird.

Marschall hat für seine umfangreiche Arbeit ein reiches Quellenmaterial und neben der juristischen Literatur auch die politische und Erziehungsliteratur herangezogen. In Anlehnung an die Rechtsphilosophie von Sauer untersucht er den Begriff der Konfessionslosigkeit und stellt richtig fest, daß zur Begriffsbestimmung vom Positivum, von der Konfession, auszugehen ist, wobei er zwischen Konfession im weitem und engern Sinne unterscheidet. Konfession ist Bekenntnis, Bekenntnis zu irgendeiner als richtig angenommenen Wahrheit. In diesem Sinne ist auch der Staat immer Träger einer Konfession, da sich jeder Staat zu bestimmten, von ihm anerkannten Werten bekennt; es gibt keinen konfessionslosen Staat in diesem weitem Sinne des Wortes Konfession. Konfession im engern, religiösen Sinne bezieht sich nur auf das Verhalten des Menschen zu Gott, und vielfach wird der Begriff überhaupt nur für die christlichen Bekenntnisse verwendet. Hier heißt «konfessionsloser Staat», daß das Bekenntnis dieses Staates nicht mit einer Konfession im religiösen Sinne identisch ist. Im Anschluß an diese begrifflichen Untersuchungen

zeigt dann der Verfasser die verschiedenen Möglichkeiten von konfessionellen und konfessionslosen Schulen und erwähnt die Argumente und Gegenargumente, die für die einzelnen Schultypen vorgebracht werden.

Der zweite Teil der Arbeit ist dem Prinzip der Konfessionslosigkeit im Sinne der Bundesverfassung (insbesondere nach Art. 27 BV) gewidmet. Dabei kommt der Verfasser zu Ergebnissen, die im wesentlichen nicht von der herrschenden Meinung abweichen.

Am Ende der Abhandlung postuliert er die öffentliche Schweizer Schule, die «Staatsschule im wahrsten Sinne des Wortes sein, die einzig und allein der Nation dienen will». Ihr Erziehungsziel soll die Kinder der verschiedenen Konfessionen und Weltanschauungen zu dem alles überragenden Richtpunkt echter schweizerischer Gesinnung und freundeidgenössischer Haltung führen. Damit wird das Problem aber eigentlich erst gestellt. Worin besteht die «echt schweizerische Gesinnung»? Ist es eine christliche oder eine nicht-christliche Gesinnung? Hat die Erziehung eines Kindes nicht noch höhern Zielen zu dienen als nur der Nation? Ein Staat, der seine Verfassung «im Namen des Allmächtigen» erläßt, kann und will doch nicht Selbstzweck, sondern nur Mittel zu einem höhern Zweck sein. Ist es da nicht ein Widerspruch, daß die öffentlichen Schulen sich nicht zu dem bekennen dürfen, auf den sich die Verfassung selbst beruft? Dieser Widerspruch wird von der vorliegenden Arbeit nicht gelöst und kann auf dem Boden des positiven Verfassungsrechtes auch kaum gelöst werden, sofern man nicht annimmt, die religiöse Präambel sei nur eine feierliche Einleitung ohne rechtlich bedeutsamen Inhalt. Stellt aber nicht gerade die Präambel das ganze Verfassungswerk in eine höhere Wertordnung hinein?

PD. Hans Marti, Bern

Bregger, Franz: Die Solidarität im Steuerrecht. (Abh. zum schweiz. Recht NF. Heft 259.) Bern 1948 (Stämpfli & Co.). 116 S. Fr. 6.—.

Die vorliegende Veröffentlichung bearbeitet das gleiche Thema wie die drei Jahre früher erschienene Zürcher Dissertation von Hans Steinemann. Sie zeigt, wie wertvoll es für die wissenschaftliche Erkenntnis und die Praxis sein kann, wenn sich zwei begabte Autoren gleichzeitig um die monographische Darstellung der gleichen rechtlichen Fragen bemühen. In einer derartigen doppelten Beleuchtung treten die entscheidenden Probleme schärfer hervor. Deutlicher erkennbar werden vor allem die zahlreichen unausgesprochenen Prämissen, von denen die heutige Lehre ausgeht.

Gerade die theoretische Erfassung jener positiv-rechtlichen Institutionen, die als Solidarität steuerlicher Verpflichtungen gekennzeichnet werden, ist in sehr starkem Maße durch solche unausgesprochene Voraussetzungen bestimmt. Das geltende Recht wird an Rechtsformen gemessen, die mit dem Gewicht aprioristisch feststehender Begriffe als allgemeingültige Grundtypen steuerlicher Beziehungen gelten. Wünschenswert und notwendig wäre daher vor allem eine Untersuchung, die kritisch zu der herrschenden Begriffsbildung Stellung nimmt und die sich immer wieder an der Frage orientiert, ob das bestehende theoretische System den zu ordnenden praktischen Verhältnissen adäquat ist. Ist nicht zum Beispiel die Konstruktion der «Steuersubstitution mit solidarischer Mithaftung des Steuerpflichtigen» etwas völlig Unnatürliches und Widerspruchvolles? Gedanklich werden in dieser Konstruktion die steuerlichen Verpflichtungen des Steuersubjektes zunächst auf einen Dritten (den Substituten) übertragen, um dann das Steuersubjekt wiederum solidarisch für die Steuerzahlungspflicht des Substituten — die ja seine eigene ist — mithaften zu lassen. Die Annahme, daß dieser Dritte — der sogenannte «Steuersubstitut» — ganz einfach den Steuerpflichtigen von Gesetzes wegen in der Erfüllung bestimmter Verfahrenspflichten vertritt, ist dieser Situation doch gewiß sehr viel mehr entsprechend. Eine solche kritische Besinnung ist nun allerdings nicht die Sache des Verfassers. Er hält sich vielmehr an den Rahmen der herrschenden, namentlich von Blumenstein begründeten und vertretenen steuerrechtlichen Begriffe und Konstruktionen. Sein Anliegen ist es, einerseits die Vielfalt des positiven Rechtes noch bewußter auf die Grundbegriffe zurückzuführen und andererseits die übernommenen Instrumente weiter zu verfeinern. Selbst eine so fragwürdige These wie etwa die Ableitung der Steuernachfolge aus der zivilrechtlichen Institution der Universalsukzession wird von Bregger kritiklos hingenommen. Bei dieser Aufgabenstellung ist es denn auch kaum verwunderlich, daß der Autor zu keinen Ergebnissen kommt, die vom Bisherigen wesentlich abweichen. Sein unbestreitbares Verdienst bleibt es aber, in einer vorbildlich klaren und scharf systematisierten Monographie der Lehre von den steuerlichen Beteiligungsformen im Sinne der herrschenden begrifflichen Betrachtung die letzte Vollendung gegeben zu haben.

Prof. Max Imboden, Zürich

Eingegangene Bücher

(Besprechung vorbehalten)

Affoller, Max: Der Eigenschaftsirrtum als Eheanfechtungsgrund nach schweizerischem Recht. (Zürcher Beitr. z. Rechtswiss. NF. Heft 163.) Aarau 1949 (Sauerländer). 78 S. Fr. 5.—.

Amtsbericht des Kantonsgerichts, Handelsgerichts, Anklagekammer, Kassationsgerichts des Kantons St. Gallen 1948. St. Gallen. 104 S.

Aeppli, Heinz: Die Filmzensur in der Schweiz. Affoltern a. A. 1949. (Buchdr. Dr. J. Weiß). 149 S.

Gesetzessammlung für den Kanton Basel-Landschaft. XIX. Band 1943—1948. Pratteln 1949. Buchdr. H. Bühler. (Landeskanzlei Basel-Landschaft, Liestal.) 818 S.

Sammlung der Gesetze, Verordnungen und sonstigen Erlasse des Kantons Basel-Landschaft, soweit sie auf 31. Dezember 1948 in Kraft stehen, nach Materien geordnet. Ausg. in 2 Bänden. Bd. I. Erlasse 1—251. Liestal 1949 (Buchdr. Lüdin AG.). 251 S.

Bedel, Maurice: Problèmes humains du droit d'auteur. (Collection «Droit de l'homme»). Paris (Sirey). 55 p.

Brusin, Otto: Über die Objektivität in der Rechtsprechung. Helsinki 1949 (J. Simeliusen). 122 S.

Buser, J.: Urheberrecht und Radiodiffusion, insbesondere in bezug auf die Eigenaufnahmen der Radiounternehmungen. Basel 1950 (Helbing & Lichtenhahn). 32 S. Fr. 1.50.

Deutsches Zivilprozeßrecht, französische Zone. Zivilprozeßordnung mit den einschlägigen Bestimmungen des Gerichtsverfassungsgesetzes des Besatzungsrechts und des Landesrechts. Herausgeg. vom Justizminister Rheinland-Pfalz. Tübingen 1949 (Mohr-Siebeck). 260 S. Geb. DM. 6.80.

Dicey, A. V.: Conflict of laws. Sixth ed. by J. H. C. Morris with specialist editors. London 1949 (Stevens & Sons). CXXIX und 912 S. Geb. £ 4/10.

Dubs, Hans: Praxisänderungen. Eine methodologische Untersuchung über die Stellung des Richters zum eigenen Präjudiz auf Grund von Entscheidungen des schweiz. Bundesgerichts. (Basler Studien z. Rechtswissensch. Heft 27.) Basel 1949 (Helbing & Lichtenhahn). 183 S. Fr. 8.—.

Enneccerus, Kipp, Wolff: Lehrbuch des bürgerlichen Rechts. Bd. II, 1. Teil: Allg. Lehren, bearb. von Heinrich Lehmann. 13. Aufl. Tübingen 1949 (Mohr-Siebeck). 375 S. DM. 16.—.

Entscheidungen des eidg. Versicherungsgerichts, Amtl. Sammlung 1949 I. Bern 1949 (H. Huber). 131 S.

Fäßler, Arnold: Das befürchtete Ereignis in der Haftpflichtversicherung. (Abh. z. schweiz. Recht NF. 240. Heft). Bern 1949 (Stämpfli & Co.). 99 S. Fr. 5.50.

Favre, John, u. Wick, Josef: Das schweizerische Transportrecht für Eisenbahnen und Schiffe. Kommentar zum Transportreglement vom 24. 6. 49. Basel 1949 (Verlag f. Recht u. Gesellschaft). 412 S. Fr. 42.50.

Frank, Jerome: Law an the modern mind. London 1949 (Stevens & Sons). 368 p. 25 Sh.

Gmür, Edwin A.: Gerichtsbarkeit über fremde Staaten. Ein dogmengeschichtlicher und dogmenkritischer Beitrag. (Zürcher Studien z. internat. Recht Nr. 15.) Zürich 1949 (Polygr. Verlag). 170 S. Fr. 13.—.

Goodrich, L. M., u. Hambro, E.: The Charter of the United Nations. Commentary and Documents, second edition. London 1949 (Stevens & Sons). XVI u. 710 S. 25 Sh.

Graß, Nikolaus: Beiträge zur Rechtsgeschichte der Alpwirtschaft, vornehmlich nach Tiroler Quellen dargestellt. (Schlern-Schriften Bd. 56.) Innsbruck 1948 (Univ.-Verlag Wagner). S. 49.—.

Guggenheim, Paul: Lehrbuch des Völkerrechts. Lieferung 4. Basel 1949 (Verlag f. Recht u. Gesellschaft).

Haenssler, Ernst: Gehemmte Forschung — auch heute noch? (Sammlg. Wissen u. Wahrheit, Heft 4.) Bern 1949 (Gesellsch. f. Wissen u. Wahrheit). 127 S.

Haug, Hans: Die Schranken der Verfassungsrevision. Das Postulat der richtigen Verfassung als normative Schranke der souveränen verfassunggebenden Gewalt (Studien z. Staatslehre u. Rechtsphilosophie Heft 2.) Zürich 1947 (Schultheß). 247 S. Fr. 6.—.

Jaques, Pierre B.: La rectification des actes de l'état-civil. Lausanne 1949 (Melisa, Messagerie du livre S. A.). 358 p.

International monetary Fund: Annual report, april 1949. Washington 1949. 122 p. — do. *Schedule of Par Values.* 9th issue. 21 p.

Jörs, Paul, Kunkel, Wolfg., u. Wenger, Leopold: Römisches Recht. (Röm. Privatrecht auf Grund des Werkes von Paul Jörs, neu bearb. v. Wolfg. Kunkel. — Abriß d. röm. Zivilprozeßrechts, v. Leop. Wenger.) (Encycl. d. Rechts- und Staatswiss. Bd. II/III. Berlin 1949 (Springer). 434 S. DM. 36.—.

Jung, Claude: Les fonds de bienfaisance dans la société anonyme en droit suisse (Art. 673 C. O.). Lausanne 1949 (Payot). 128 p. Fr. 6.50.

Justiz- und Polizeidirektion des Kantons Aargau. Rechenschaftsbericht 1948. 80 S.

Kisch, Guido: The Jews in medieval Germany. A Study of their legal and social Status. Chicago 1949 (the University of Chicago Press). 655 S. \$ 10.—.

Krafft, Agénor: Le droit au divorce ou contre le totalitarisme judiciaire en Suisse. Lausanne 1949 (Editions Lex). 31 p. Fr. 2.50.

Lakimies, Suomalaisen Lakimiesyhdistyksen. 1949. 4. Vihko. Helsinki 1949.

Molitor, Erich: Grundzüge der neueren Privatrechtsgeschichte. Karlsruhe 1949 (C. F. Müller). 109 S. DM. 3.80.

Müller, Jakob Arnold: Das Verhältnis von Ausgleichung und Herabsetzung im schweizerischen Erbrecht. (Abh. z. schweiz. Recht NF. Heft 271.) Bern 1949 (Stämpfli & Co.). 122 S. Fr. 6.—.

Müller, Martin: Die Entwicklung der Bundespolizei und ihre heutige Organisation. (Zürcher Beitr. z. Rechtswiss. NF. Heft 162.) Aarau 1949 (Sauerländer). 244 S. Fr. 10.—.

Neye, Walther: Bürgerliches Recht in logischer Anwendung (Klausurenlehre). Teil I: dingliche Ansprüche. Berlin 1949 (Akademie-Verlag). 62 S. DM. 2.50.

Obergericht des Kantons Thurgau: Rechenschaftsbericht des Obergerichts, der Versicherungskammer und der Kriminalkammer über das Jahr 1948. 80 S.

Oberrekurskommission des Kantons Zürich: *Rechenschaftsbericht an den Kantonsrat 1947/48*. Zürich (Staatskanzlei). 54 S. u. 58 S.

Perrenoud, Georges: *Régime des privilèges et immunités des missions diplomatiques étrangères et des organisations internationales en Suisse*. Lausanne 1949 (F. Rouge). 254 p. Fr. 14.—

Perrier, Dom Nicolas: *Cité chrétienne*. Essay de synthèse. Fribourg 1949 (Editions St-Paul). 351 p.

Peter, Hans: *Wandlungen der Eigentumsordnung seit dem 19. Jahrhundert*. Ein Beitrag zur neueren Geschichte des Zivilrechts. (Zürcher Beitr. z. Rechtswiss. NF. Heft 160.) Aarau 1949 (Sauerländer). 159 S. Fr. 7.—

Rosenberg, Leo: *Lehrbuch des deutschen Zivilprozeßrechts*. 4. völlig Neubearb. u. verm. Aufl. München 1949 (Biederstein-Verlag). XVI u. 1055 S., geb. DM. 38.—

Sauer, Wilhelm: *System der Rechts- und Sozialphilosophie*. Vorlesungen zugleich über Allg. Philosophie u. Soziologie. 2., völlig neu bearb. Aufl. des Lehrbuchs der Rechts- u. Sozialphilosophie. Basel 1949 (Verlag f. Recht u. Gesellschaft). XVI u. 520 S. Fr. 52.—

Schönke, Adolf: *Einführung in die Rechtswissenschaft*. 5. veränderte u. umgearb. Aufl. Karlsruhe 1949. (C. F. Müller). 252 S. DM. 9.—

Schreiber, Alfred: *Terminologie juridique, Juristisches Wörterbuch*. Français-allemand et allemand-français. Droit pénal et procédure pénale. Genève 1949 (Georg & Cie). 158 p. Fr. 6.50.

Schwarzenberger, G.: *International Law*. Vol. 1: Internat. law as applied by internat. courts and tribunals. Second edition. London 1949 (Stevens & Sons). LIV u. 681 S. Geb. £ 3/6.

Schweizer Beiträge zur allgemeinen Geschichte — *Etudes suisses d'histoire Générale — Studi svizzeri di storia generale*, herausgeg. v. Werner Näf. Bd. 7. Aarau 1949 (Sauerländer). 212 S. Fr. 12.50.

Seeliger, Karl-Gerhard: *Das ausländische Privateigentum in der Schweiz*. Rechtsstellung und Rechtsschutz gegenüber dem angelsächsischen und deutschen Kriegsrecht des 2. Weltkrieges. München 1949 (Wilh. Steinebach). 269 S.

Simonius, Auguste: *Du Principe de la Confiance et des dérogations qu'il subit dans le droit suisse*. Basel 1949 (Helbing & Lichtenhahn). 24 S. Fr. 1.50.

Stein-Jonas: *Kommentar zur Zivilprozeßordnung*. 17. neu bearb. Aufl. v. Adolf Schönke. Lfg. 2, 3, 4. Tübingen 1949 (Mohr-Siebeck).

Stirnimann, Josef Kaspar: *Die praescriptio Tertullians im Lichte des römischen Rechts und der Theologie*. («Paradosis», Beitr. z. Gesch. d. altchristl. Literatur u. Theologie III.) Freiburg 1949 (Paulusverlag). 180 S. Fr. 6.50.

Strafgesetzbuch, schweizerisches, mit Vorwort, Anmerkungen und Sachregister herausgeg. von B. Neidhardt. 2. Aufl. Zürich 1949 (Orell Füssli). 269 S. Geb. Fr. 6.80.

Summa, internat. Organ f. d. Zusammendenken der Wissenschaften. Der Mensch. Heft 1. Sept. 1949. Freiburg i. B. (Sokr. d. Summa). 96 S. DM. 3.—.

Suomalainen *Lakimiesyhdistys 1898/1948*, Juhlajulkaisu. (Festschrift z. 50jährigen Jubiläum des finnischen Juristenvereins.) Vammala 1948 (Tyrvään Kirjapaino Oy). 709 S. Gr. 8°.

Wackernagel, Jacob: *Die Steuerumgehung und ihre Verhütung*, unter bes. Berücksichtigung des schweiz. Rechts. (Basler Studien z. Rechtswissensch. Heft 26.) Basel 1949 (Helbing & Lichtenhahn). 112 S. Fr. 7.—.

Welzel, Hans: *Um die finale Handlungslehre*. Eine Auseinandersetzung mit ihren Kritikern. (Recht u. Staat Nr. 146.) Tübingen 1949 (Mohr-Siebeck). 31 S. DM. 1.50.

Weiß, G., u. Wolfer, E.: *Sammlung eidg. u. kant. Entscheidungen zum ZGB und OR usw. 1922—1937*. Lfg. 20/21 und 22/23 (3 Bd. Lfg. 3/6). Zürich 1948/49 (Schultheß). S. 161—480.

Wieland, Alfred: *Die verschleierte Apportgründung in Theorie und Praxis des schweizerischen Aktienrechts*. (Basler Studien z. Rechtswiss. Heft 26.) Basel 1949 (Helbing & Lichtenhahn). 54 S. Fr. 4.50.

Wirtschaft und Recht. Zeitschr. f. Wirtschaftspolitik u. Wirtschaftsrecht mit Einschluß d. Sozial- u. Arbeitsrechts, I. Jahrg. Heft 1—4. Zürich 1949 (Orell Füssli).

Zellweger, Eduard: *Die völkerrechtliche Verantwortlichkeit des Staates für die Presse*, unter bes. Berücksichtigung d. schweiz. Praxis. Zürich 1949 (Polygraph. Verlag). 144 S. Fr. 9.50.